



EUROPÄISCHE KOMMISSION
GD Kommunikation

Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland

PARTNERSCHAFTSRAHMENVEREINBARUNG

VEREINBARUNG NR. [...]

Diese Partnerschaftsrahmenvereinbarung (im Folgenden „Rahmenvereinbarung“) wird zwischen den folgenden Parteien geschlossen:

einerseits

der **Europäischen Union** (im Folgenden „Union“), vertreten durch die Europäische Kommission (im Folgenden „Kommission“), für die Zwecke der Unterzeichnung dieser Rahmenvereinbarung vertreten durch Richard Kühnel, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland,

und

andererseits

„dem Partner“

[vollständige offizielle Bezeichnung/vollständiger Name] [Kurzbezeichnung]

[Rechtsform]

[Nummer der Eintragung ins amtliche Register]

[vollständige Anschrift]

[Umsatzsteuer-Identifikationsnummer],

zur Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung vertreten durch [Funktion, Vorname und Name].

Die oben genannten Parteien

VEREINBAREN

die Besonderen Bedingungen (im Folgenden „Besondere Bedingungen“) sowie die folgenden Anhänge:

Anhang I Aktionsplan

Anhang II Allgemeine Bedingungen (im Folgenden „Allgemeine Bedingungen“)

- Anhang IIIa Muster - Einzelvereinbarung für Finanzhilfen in Form von Pauschalbeträgen
- Anhang IIIb Muster - Einzelvereinbarung für Finanzhilfen in Form der Erstattung tatsächlich angefallener förderfähiger Kosten
- Anhang IIIc Muster - Einzelvereinbarung für Finanzhilfen in Form von Pauschalbeträgen und in Form der Erstattung tatsächlich angefallener förderfähiger Kosten
- Anhang IV Muster des Antrags auf Zahlung des Restbetrags und des Abschlussberichts über die technische Durchführung
- Anhang V Muster für die Endabrechnung
- Anhang VI Leistungsbeschreibung für die Bescheinigung über die Endabrechnung (Muster): entfällt
- Anhang VII Leistungsbeschreibung für die Bescheinigung über die Kostenrechnungsverfahren: entfällt
- Anhang VIIIa Muster des Jahreskommunikationsplans 2019 bzw. 2020
- Anhang VIIIb Muster des Kostenvoranschlags für den Jahreskommunikationsplan 2019 bzw. 2020,

die Bestandteile dieser Rahmenvereinbarung sind.

Die Besonderen Bedingungen der Rahmenvereinbarung, zu denen auch die Präambel zählt, gehen den Anhängen vor.

Die Allgemeinen Bedingungen (Anhang II) gehen den übrigen Anhängen vor.

PRÄAMBEL

Gegenstand der vorliegenden Rahmenvereinbarung ist die Auswahl von Partnern für die Europe-Direct-Informationszentren (EDIC) für den Zeitraum 2018-2020 im Einklang mit dem Beschluss C(2016) 8443 final der Kommission vom 19.12.2016 zur Annahme des als Finanzierungsbeschluss geltenden Arbeitsprogramms 2017 im Bereich Kommunikation. Die Kommission strebt den Aufbau eines Netzes von Europe-Direct-Informationszentrum an, die sich mit Themen befassen, welche auf lokaler und regionaler Ebene für die Öffentlichkeit relevant sind, die den Dialog zu EU-Themen fördern und die mit anderen EU-weiten oder lokalen Informationsnetzen¹ und Kontaktstellen zusammenarbeiten; hierzu hat die Kommission Partner ausgewählt, zu deren Zielen die Kommunikation über die EU zählt, deren übergeordnete Zielsetzungen denen der Kommission entsprechen und mit denen sie eine langfristige Zusammenarbeit aufbauen will.

¹ Informationen über Netze der EU siehe: <http://bookshop.europa.eu/de/informations-und-beratungsdienste-der-eu-pbNA7809961/>.

Die Europe-Direct-Informationszentren leisten einen Beitrag zur Kommunikation der Europäischen Kommission über die Europäische Union mit dem Ziel, den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern auf lokaler und regionaler Ebene zu pflegen. Die Outreach-Aktivitäten der Europe-Direct-Informationszentren sind darauf ausgerichtet, die Öffentlichkeit durch den Aufbau stabiler Netzwerkstrukturen in europäische Themen einzubinden.

Die Zentren ergänzen und unterstützen auf lokaler und regionaler Ebene die Kommunikationsaktivitäten der Vertretungen der Europäischen Kommission und der Informationsbüros des Europäischen Parlaments sowie anderer Organe und Einrichtungen der EU. Außerdem arbeiten sie mit anderen Informations- und Unterstützungsnetzen der EU zusammen.

Die Zentren konzentrieren sich auf grundlegende Themen sowie politische Maßnahmen, die für die Öffentlichkeit von unmittelbarem Interesse sind, insbesondere auf den Bedarf der Bürgerinnen und Bürger an allgemeinen Informationen.

Ferner organisieren die Europe-Direct-Informationszentren Veranstaltungen und nutzen verschiedene Kommunikationsinstrumente, um die Bürgerinnen und Bürger auf lokaler und regionaler Ebene entweder direkt oder über geeignete Multiplikatoren und Interessenträger anzusprechen. Außerdem unterstützen sie aktiv Bürgerdialoge² und arbeiten hierzu eng mit den Vertretungen der Europäischen Kommission zusammen.

Die Europe-Direct-Informationszentren interagieren mit den lokalen bzw. regionalen Medien und geben Feedback zu den Meinungen und Reaktionen der Öffentlichkeit zu Fragen der EU-Politik.

Das Netz der Europe-Direct-Informationszentren wird von der Europäischen Kommission verwaltet.

I. BESONDERE BEDINGUNGEN

ARTIKEL I.1 – GEGENSTAND DER RAHMENVEREINBARUNG – GEWÄHRUNG VON EINZELFINANZHILFEN

ARTIKEL I.2 – INKRAFTTRETEN DER RAHMENVEREINBARUNG UND DAUER DER PARTNERSCHAFT

ARTIKEL I.3 – FÜR DIE DATENVERARBEITUNG VERANTWORTLICHER

ARTIKEL I.4 – NICHTANWENDBARKEIT DES GEWINNVERBOTS

ARTIKEL I.5 – MIT DEM PARTNER VERBUNDENE EINRICHTUNGEN

² Diskussionsveranstaltungen mit EU-Kommissaren oder hohen Beamten der Europäischen Kommission, auf denen Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu EU-Themen zum Ausdruck bringen können. Siehe https://ec.europa.eu/info/events/citizens-dialogues_de.

ARTIKEL I.1 – GEGENSTAND DER RAHMENVEREINBARUNG – GEWÄHRUNG VON EINZELFINANZHILFEN

I.1.1 Gegenstand der Rahmenvereinbarung

I.1.1.1 Der Abschluss der Rahmenvereinbarung erfolgt im Hinblick auf eine dauerhafte Zusammenarbeit zwischen der Kommission und dem Partner (im Folgenden „Partnerschaft“) mit dem Ziel, einen Beitrag zu den in der Präambel genannten Zielen der Unionspolitik zu leisten.

In der Rahmenvereinbarung sind die allgemeinen Rechte und Pflichten, die den Parteien im Rahmen der Partnerschaft obliegen, festgelegt.

I.1.1.2 Die Partnerschaft wird im Einklang mit dem Aktionsplan in Anhang I durchgeführt.

Auf Aufforderung der Kommission hin legt der Partner jedes Jahr einen Jahreskommunikationsplan vor, der von beiden Parteien gebilligt wird. Dieser Jahreskommunikationsplan steht im Einklang mit dem Aktionsplan in Anhang I und bildet die Grundlage für die im betreffenden Jahr zu gewährende jährliche Einzelfinanzhilfe. Der Jahreskommunikationsplan wird jeweils vor dem 15. Dezember vorgelegt.

I.1.1.3 Zur Durchführung der Partnerschaft gewährt die Kommission dem Partner Einzelfinanzhilfen für Maßnahmen.

Die Rahmenvereinbarung gilt für alle Einzelfinanzhilfen, die zur Durchführung der Partnerschaft gewährt werden, sowie für die von den Parteien zu unterzeichnenden Einzelvereinbarungen über diese Finanzhilfen (im Folgenden „Einzelvereinbarung“).

Die Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung verpflichtet die Kommission nicht zur Gewährung von Einzelfinanzhilfen. Die Unterzeichnung erfolgt unbeschadet der Teilnahme des Partners an anderen Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Hinblick auf die Gewährung von Finanzhilfen, die nicht unter den Aktionsplan in Anhang I fallen.

I.1.1.4 Die Artikel II.13.4 und II.25.3 Buchstabe c finden keine Anwendung.

I.1.2 Gewährung von Einzelfinanzhilfen

I.1.2.1 Die Kommission kann den Partner konsultieren, um einen Vorschlag für einen Jahreskommunikationsplan im Einklang mit dem Aktionsplan in Anhang I zu erhalten. Diese Konsultation erfolgt mittels einer Aufforderung zur Einreichung eines Vorschlags. In der Aufforderung werden die anwendbaren Gewährungskriterien festgelegt. Der Partner ist nicht verpflichtet, der Kommission im Zuge der Konsultation einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen.

I.1.2.2 Darüber hinaus kann die Kommission den Partner konsultieren, um einen Vorschlag für Ad-hoc-Kommunikationsaktivitäten im Einklang mit dem Aktionsplan in Anhang I zu erhalten, die nicht unter den Jahreskommunikationsplan gemäß Artikel I.1.1.2 Unterabsatz 2 fallen. Diese Konsultation erfolgt mittels einer Aufforderung zur Einreichung eines Vorschlags. In der Aufforderung werden die anwendbaren Gewährungskriterien festgelegt. Der Partner ist nicht verpflichtet, der Kommission im Zuge der Konsultation einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen.

I.1.3 Unterzeichnung von Einzelvereinbarungen

Beschließt die Kommission, eine Einzelfinanzhilfe zu gewähren, übersendet sie dem Partner einen Vorschlag für eine Einzelvereinbarung nach dem in Anhang III vorgegebenen Muster. Die Einzelvereinbarung wird von den bevollmächtigten Vertretern der Parteien unterzeichnet.

Durch die Unterzeichnung der Einzelvereinbarung nimmt der Partner die Finanzhilfe an und verpflichtet sich, die Maßnahme gemäß den Bedingungen der Rahmenvereinbarung und der Einzelvereinbarung eigenverantwortlich durchzuführen.

Die Einzelvereinbarungen müssen vor Ende der Laufzeit der Rahmenvereinbarung unterzeichnet werden. Reicht die Durchführung der Maßnahmen über das vorgenannte Datum hinaus, so gelten für die Durchführung der Einzelvereinbarungen weiterhin die Bestimmungen der entsprechenden Rahmenvereinbarung.

ARTIKEL I.2 – INKRAFTTRETEN DER RAHMENVEREINBARUNG UND DAUER DER PARTNERSCHAFT

I.2.1 Die Rahmenvereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem sie von der letzten Partei unterzeichnet wird.

I.2.2 Die Laufzeit der Rahmenvereinbarung beträgt 3 Jahre ab dem 1. Januar 2018.

ARTIKEL I.3 – FÜR DIE DATENVERARBEITUNG VERANTWORTLICHER

Der für die Datenverarbeitung Verantwortliche im Sinne des Artikels II.7 ist der Leiter/die Leiterin der Vertretung der Europäischen Kommission.

ARTIKEL I.4 – NICHTANWENDBARKEIT DES GEWINNVERBOTS

Abweichend von Artikel II.25.3 gilt kein Gewinnverbot.

ARTIKEL I.5 – MIT DEM PARTNER VERBUNDENE EINRICHTUNGEN

Für die Zwecke der Einzelvereinbarungen gelten die folgenden Einrichtungen als mit dem Partner verbundene Einrichtungen:

- [Bezeichnung der Einrichtung];
- [Bezeichnung der Einrichtung];
- [usw. für weitere verbundene Einrichtungen]

ARTIKEL I.XX – INTERNATIONALE ORGANISATIONEN ALS PARTNER

[Wenn die internationale Organisation Artikel II.18.1 nicht akzeptiert:

I.XX.1 Anzuwendendes Recht

[Option 1: Wenn die internationale Organisation das Unionsrecht als anwendbares Recht, nicht jedoch belgisches Recht als subsidiäres Recht akzeptiert:

Abweichend von Artikel II.18.1 unterliegen diese Rahmenvereinbarung und die zugehörigen Einzelvereinbarungen dem geltenden Unionsrecht und erforderlichenfalls subsidiär dem [Recht von (Bezeichnung des Mitgliedstaats oder EFTA-Staats)].

[Option 2: Wenn die internationale Organisation das Unionsrecht nicht als anwendbares Recht akzeptiert:

Artikel II.18.1 findet keine Anwendung.]]

[Wenn die internationale Organisation Artikel II.18.2 nicht akzeptiert:

I.XX.2 Streitbeilegung – Schiedsverfahren

[Option 1 – Ständiger Schiedshof:

Abweichend von Artikel II.18 müssen Streitigkeiten zwischen der Kommission und dem Partner über die Rahmenvereinbarung oder die jeweilige Einzelvereinbarung, die nicht gütlich beigelegt werden können, einem Schiedshof vorgelegt werden.

In solchen Fällen gelten die „Optional Rules for Arbitration involving International Organizations and States“ (freiwillige Schiedsordnung für internationale Organisationen und Staaten) des Ständigen Schiedshofs in der bei Inkrafttreten der Rahmenvereinbarung geltenden Fassung.

Als Ernennungsbehörde wird auf schriftliches Ersuchen einer der Parteien der Generalsekretär des Ständigen Schiedshofs bestimmt.

Das Schiedsverfahren muss in englischer Sprache in Brüssel stattfinden.

Der Schiedsspruch ist für die Parteien bindend, die hiermit ausdrücklich auf alle weiteren Rechtsbehelfe verzichten.]

[Option 2 – Schiedsausschuss:

Abweichend von Artikel II.18 müssen Streitigkeiten zwischen der Kommission und dem Partner über die Rahmenvereinbarung oder die jeweilige Einzelvereinbarung, die nicht

gütlich beigelegt werden können, gemäß dem weiter unten dargelegten Verfahren einem Schiedsausschuss vorgelegt werden.

Beabsichtigt eine Partei, ein Schiedsverfahren in Anspruch zu nehmen, so muss sie der anderen Partei eine förmliche Mitteilung übermitteln, in der sie sie von ihrer Absicht und dem von ihr bestellten Schiedsrichter in Kenntnis setzt. Die zweite Partei muss ihren Schiedsrichter innerhalb eines Monats nach dieser förmlichen Mitteilung bestellen. Sofern die beiden Parteien sich nicht auf einen einzigen Schiedsrichter einigen, müssen die beiden Schiedsrichter innerhalb von drei Monaten nach Bestellung des Schiedsrichters der zweiten Partei einvernehmlich einen dritten Schiedsrichter bestellen, der im Schiedsausschuss den Vorsitz führt.

Innerhalb eines Monats nach der Bestellung des dritten Schiedsrichters müssen sich die Parteien auf den Auftrag des Schiedsausschusses einigen, einschließlich des zu beachtenden Verfahrens.

Die Schiedsverhandlungen müssen in Brüssel stattfinden.

Der Schiedsausschuss wendet die Bestimmungen der Rahmenvereinbarung und der betreffenden Einzelvereinbarung an. Der Schiedsausschuss muss im Schiedsspruch ausführlich die Gründe für seine Entscheidung erläutern.

Der Schiedsspruch ist endgültig und für die Parteien bindend, die hiermit ausdrücklich auf alle weiteren Rechtsbehelfe verzichten.

Die Kosten, einschließlich – soweit angemessen – aller Auslagen der Parteien für das Schiedsverfahren, müssen vom Schiedsausschuss unter den Parteien aufgeteilt werden.]

[Wenn eine internationale Organisation nicht mit der Ausstellung der Bescheinigung durch einen externen Rechnungsprüfer einverstanden ist:

***I.XX.3[Bescheinigungen über die Abrechnungen] [und]
[Konformitätsbescheinigungen]***

Die [Bescheinigungen über die Abrechnungen] [oder] [Konformitätsbescheinigungen], die der Partner gemäß Artikel [4.3 der Einzelvereinbarung] [und] [4.4 der Einzelvereinbarung] [und] [II.20.3.2] vorzulegen hat, werden von seinem üblichen internen oder externen Rechnungsprüfer gemäß seinen Finanzvorschriften und –verfahren ausgestellt.]]

[Wenn eine internationale Organisation Artikel II.27 nicht akzeptiert:

I.XX.4Kontrollen und Audits

[Option für den Fall, dass keine Rahmenvereinbarung mit Verifikationsanhang zwischen der internationalen Organisation und der Kommission unterzeichnet wurde:

Die zuständigen Stellen der Union müssen ihre Anträge auf Kontrollen und Prüfungen im Sinne des Artikels II.27 an den Generaldirektor des Partners richten.

Der Partner stellt den zuständigen Stellen der Union auf Anfrage sämtliche Finanzinformationen zur Verfügung, einschließlich der Gesamtabrechnungen über die

Maßnahme, wenn diese von ihm selbst oder gemeinsam mit seinen verbundenen Einrichtungen oder Unterauftragnehmern ausgeführt wird.]

[Option für den Fall, dass eine Rahmenvereinbarung mit Verifikationsanhang zwischen der internationalen Organisation und der Kommission unterzeichnet wurde:

Artikel II.27 muss gemäß einer besonderen Vereinbarung Anwendung finden, die diesbezüglich zwischen der internationalen Organisation und der Europäischen Union abgeschlossen wird.]]

I.XX.5 Vorrechte, Befreiungen und Immunitäten

Diese Rahmenvereinbarung und die Einzelvereinbarungen sind nicht als Verzicht auf Vorrechte, Befreiungen oder Immunitäten auszulegen, die dem Partner durch seine Satzung oder das Völkerrecht gewährt werden.]

UNTERSCHRIFTEN

Für den Partner
[Funktion/Vorname/Name]

Für die Kommission
[Vorname/Name]

[Unterschrift]
[Ort], den [Datum]

[Unterschrift]
Berlin, den [Datum]

In zweifacher Ausfertigung in deutscher Sprache

ANHANG II ALLGEMEINE BEDINGUNGEN

TEIL A – RECHTLICHE UND ADMINISTRATIVE BESTIMMUNGEN	11
ARTIKEL II.1 – BEGRIFFSBESTIMMUNGEN	11
ARTIKEL II.2 – ALLGEMEINE AUFGABEN UND PFLICHTEN DES PARTNERS ...	12
ARTIKEL II.3 – MITTEILUNGEN ZWISCHEN DEN PARTEIEN.....	13
ARTIKEL II.4 – HAFTUNG IM SCHADENSFALL.....	14
ARTIKEL II.5 – INTERESSENKONFLIKT	14
ARTIKEL II.6 – VERTRAULICHKEIT	14
ARTIKEL II.7 – VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN.....	15
ARTIKEL II.8 – SICHTBARKEIT DER FINANZIERUNG DURCH DIE UNION.....	16
ARTIKEL II.9 – BESTEHENDE RECHTE, EIGENTUM UND NUTZUNG DER ERGEBNISSE (EINSCHLIESSLICH GEWERBLICHER SCHUTZRECHTE UND URHEBERRECHTE)	17
ARTIKEL II.11 – VERGABE VON UNTERAUFTRÄGEN ZU AUFGABEN IM RAHMEN EINER MASSNAHME	19
ARTIKEL II.12 – FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG DRITTER.....	20
ARTIKEL II.13 – ÄNDERUNG DER RAHMENVEREINBARUNG UND DER EINZELVEREINBARUNGEN.....	21
ARTIKEL II.14 – ABTRETUNG VON ZAHLUNGSANSPRÜCHEN AN DRITTE.....	22
ARTIKEL II.15 – HÖHERE GEWALT	22
ARTIKEL II.16 – AUSSETZUNG DER DURCHFÜHRUNG	22
ARTIKEL II.17 – KÜNDIGUNG DER RAHMENVEREINBARUNG UND DER EINZELVEREINBARUNGEN.....	26
ARTIKEL II.18 – ANWENDBARES RECHT, BEILEGUNG VON STREITIGKEITEN UND VOLLSTRECKBAREN BESCHLÜSSEN	30
TEIL B - FINANZBESTIMMUNGEN	30
ARTIKEL II.19 – FÖRDERFÄHIGE KOSTEN.....	30

ARTIKEL II.20 – FESTSTELLBARKEIT UND NACHPRÜFBARKEIT DER GELTEND GEMachten BETRÄGE	33
ARTIKEL II.21 – FÖRDERFÄHIGKEIT DER KOSTEN VON MIT DEM PARTNER VERBUNDENEN EINRICHTUNGEN	36
ARTIKEL II.22 – MITTELÜBERTRAGUNGEN.....	36
ARTIKEL II.23 – NICHT-EINHALTUNG DER BERICHTSPFLICHTEN.....	37
ARTIKEL II.24 – AUSSETZUNG VON ZAHLUNGEN UND DER ZAHLUNGSFRIST	37
ARTIKEL II.25 – FESTLEGUNG DES ENDGÜLTIGEN BETRAGS DER EINZELFINANZHILFE.....	39
ARTIKEL II.26 – EINZIEHUNGEN	42
ARTIKEL II.27 – KONTROLLE, PRÜFUNG UND BEWERTUNG	44

TEIL A – RECHTLICHE UND ADMINISTRATIVE BESTIMMUNGEN

ARTIKEL II.1 – BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Für die Zwecke der Rahmenvereinbarung und der Einzelvereinbarungen werden folgende Begriffsbestimmungen festgelegt:

„**Maßnahme**“: bei einer *maßnahmenbezogenen Einzelfinanzhilfe* bezeichnet der Begriff die Tätigkeiten oder das Projekt für die/das die Finanzhilfe gewährt wird; bei einer Finanzhilfe als *Beitrag zu den Betriebskosten* bezeichnet der Begriff das Arbeitsprogramm, für das die Einzelfinanzhilfe gewährt wird;

„**Vertrauliche Informationen oder Dokumente**“: von einer der Parteien schriftlich als vertraulich eingestufte Informationen oder Dokumente (in beliebigem Format), die im Zusammenhang mit der Ausführung der Rahmenvereinbarung oder einer Einzelvereinbarung einer Partei von der anderen Partei vorgelegt werden oder auf die eine der Parteien Zugriff hat. Informationen, die öffentlich zugänglich sind, fallen nicht darunter;

„**Interessenkonflikt**“: eine Situation, in der der Partner aus Gründen der familiären oder privaten Verbundenheit, der politischen Übereinstimmung oder der nationalen Zugehörigkeit, des wirtschaftlichen Interesses oder aus anderen Gründen, die auf einer mit dem Gegenstand der Rahmenvereinbarung oder einer Einzelvereinbarung in Zusammenhang stehenden Gemeinsamkeit der Interessen mit der Kommission oder einem Dritten beruhen, bei der unparteiischen und objektiven Ausführung der Rahmenvereinbarung oder einer Einzelvereinbarung beeinträchtigt wird;

„**Direkte Kosten**“: Kosten, die unmittelbar mit der Durchführung der Maßnahme zusammenhängen und dieser deshalb direkt zugeschrieben werden können. Sie umfassen keine indirekten Kosten;

„**Förmliche Mitteilung**“: schriftliche Kommunikation zwischen den Parteien per Post oder E-Mail;

„**Betrug**“: jede vorsätzliche Handlung oder Unterlassung zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union betreffend die Verwendung oder Vorlage falscher, unrichtiger oder unvollständiger Erklärungen oder Unterlagen oder das Verschweigen von Informationen unter Verletzung einer spezifischen Pflicht;

„**Durchführungszeitraum**“: der Zeitraum der Durchführung der Rahmenvereinbarung wie in Artikel I.2.2 festgelegt oder der Zeitraum der Durchführung der Tätigkeiten im Rahmen der Maßnahme wie in Artikel 2.2 der Einzelvereinbarung festgelegt;

„**Indirekte Kosten**“: Kosten, die nicht unmittelbar mit der Durchführung der Maßnahme zusammenhängen und dieser deshalb nicht direkt zugeschrieben werden können. Sie umfassen keine Kosten, die als förderfähige direkte Kosten geltend gemacht werden oder diesen zuzuordnen sind.

„Unregelmäßigkeit“: jeder Verstoß gegen eine Bestimmung des Unionsrechts, der Folge einer Handlung oder Unterlassung eines Partners ist und einen Schaden für den Unionshaushalt bewirkt oder bewirken könnte.

„Höchstbetrag der Finanzhilfe“: der Höchstbeitrag der EU zu der Maßnahme gemäß Artikel 3.1 der Einzelvereinbarung;

„Bereits bestehendes Material“: Material, das bereits zu dem Zeitpunkt besteht, zu dem der Partner es für die Herbeiführung eines Ergebnisses im Rahmen der Durchführung der Maßnahme nutzt; dies umfasst Material, Unterlagen, Technologie und Know-how;

„Bereits bestehendes Recht“: gewerbliche Schutzrechte oder Rechte des geistigen Eigentums an bereits bestehendem Material; dabei kann es sich um Eigentumsrechte, Lizenzrechte und/oder Nutzungsrechte des Partners oder sonstiger Dritter handeln;

„Verbundene Person“: jede Person, die befugt ist, den Partner zu vertreten oder in seinem Namen Entscheidungen zu treffen;

„Beginn der Maßnahme“: Datum, an dem die Durchführung der Maßnahme gemäß Artikel 2.2 der Einzelvereinbarung beginnt;

„Unterauftrag“: ein Auftrag im Sinne des Artikels II.10, der Dritten zur Durchführung von Aufgaben im Rahmen der in Anhang I der Einzelvereinbarung genannten Maßnahme erteilt wird;

„Schwerwiegender Fehler“: jede Verletzung einer Bestimmung der Rahmenvereinbarung oder einer Einzelvereinbarung infolge einer Handlung oder Unterlassung, die zu einem Verlust für den Unionshaushalt führt oder führen könnte.

ARTIKEL II.2 – ALLGEMEINE AUFGABEN UND PFLICHTEN DES PARTNERS

Der Partner

- a) beachtet die in der Präambel und im Aktionsplan in Anhang I genannten gemeinsamen übergeordneten Ziele, die die Grundlage der Partnerschaft bilden, und unternimmt alles Erforderliche, damit diese Ziele bei jeder durch Einzelfinanzhilfen geförderten Maßnahme erreicht werden;
- b) pflegt in allen Fragen, die die Durchführung und Weiterverfolgung des Aktionsplans in Anhang I oder der gemäß der Rahmenvereinbarung von der Kommission gewährten Einzelfinanzhilfen betreffen, und in allen sonstigen Fragen von gemeinsamem Interesse im Zusammenhang mit der Rahmenvereinbarung Beziehungen zur Kommission, die auf Zusammenarbeit, regelmäßigen Austausch von Informationen und Transparenz ausgerichtet sind;
- c) haftet für die Einhaltung der ihm gemäß geltendem EU-, internationalem oder nationalem Recht obliegenden rechtlichen Verpflichtungen;

- d) führt die *Maßnahmen*, für die ihm Einzelfinanzhilfen gewährt wurden, gemäß den Bedingungen der Rahmenvereinbarung und der Einzelvereinbarungen aus;
- e) unterrichtet die Kommission unverzüglich von allen Ereignissen oder Umständen, von denen er Kenntnis hat und die die Durchführung einer Maßnahme beeinflussen oder verzögern könnten;

ARTIKEL II.3 – MITTEILUNGEN ZWISCHEN DEN PARTEIEN

II.3.1 Kommunikationsmittel und Form der Mitteilungen

Jede Mitteilung im Zusammenhang mit der Rahmenvereinbarung oder einer Einzelvereinbarung und ihrer Durchführung hat

- (a) schriftlich (in elektronischer Form oder als Papierfassung) zu erfolgen
- (b) mit der Nummer der betreffenden Vereinbarung versehen zu sein und
- (c) unter Angabe der in Artikel 7 der Einzelvereinbarung angegebenen Kontaktdaten zu erfolgen.

Wenn eine Partei eine schriftliche Bestätigung einer elektronischen Mitteilung innerhalb angemessener Zeit anfordert, muss der Absender so rasch wie möglich die unterzeichnete Papierfassung des Originals der Mitteilung vorlegen.

II.3.2 Datum der Mitteilungen

Eine Mitteilung gilt als zu dem Zeitpunkt erfolgt, zu dem sie beim Adressaten eingeht, es sei denn, in der Rahmenvereinbarung oder der Einzelvereinbarung ist angegeben, dass die Mitteilungen als zu dem Zeitpunkt der Versendung erfolgt gelten.

Eine E-Mail gilt als an dem Tag beim Adressaten eingegangen, an dem sie versandt wurde, sofern sie an die in Artikel 7 der Einzelvereinbarung genannte E-Mail-Adresse gesandt wurde. Der Absender muss einen Nachweis über das Datum der Absendung vorlegen können. Falls der Absender eine Meldung erhält, dass seine E-Mail nicht zugestellt wurde, muss er alles unternehmen, um dafür zu sorgen, dass die andere Partei die Mitteilung tatsächlich per E-Mail oder Post empfängt. In einem solchen Fall wird dies dem Absender nicht als Verletzung seiner Pflicht zur fristgerechten Mitteilung ausgelegt.

Auf dem Postweg übermittelte Mitteilungen gelten als an dem Tag bei der Kommission eingegangen, an dem sie von der in Artikel 7.1 der Einzelvereinbarung bezeichneten Dienststelle registriert werden.

Formliche Mitteilungen gelten als an dem Datum beim Adressaten eingegangen, das in dem Nachweis über die Zustellung der Nachricht an den angegebenen Empfänger, der dem Absender vorliegt, genannt ist.]

ARTIKEL II.4 – HAFTUNG IM SCHADENSFALL

II.4.1 Die Kommission kann nicht für Schäden haftbar gemacht werden, die durch den Partner verursacht werden oder diesem entstehen, auch nicht für Schäden, die bei oder infolge der Durchführung einer Maßnahme einem Dritten entstehen.

II.4.2 Außer in Fällen *höherer Gewalt* muss der Partner die Kommission für sämtliche Schäden entschädigen, die ihr infolge der Durchführung einer Maßnahme oder deswegen entstehen, weil eine Maßnahme nicht in vollständiger Übereinstimmung mit der Rahmenvereinbarung oder der Einzelvereinbarung durchgeführt wurde.

ARTIKEL II.5 – INTERESSENKONFLIKT

II.5.1 Der Partner muss alle nötigen Vorkehrungen treffen, um Situationen zu vermeiden, die einen *Interessenkonflikt* bewirken könnten.

II.5.2 Der Partner muss die Kommission unverzüglich über jede Situation unterrichten, die einen *Interessenkonflikt* darstellt oder wahrscheinlich zu einem solchen führt. Er muss unverzüglich alle erforderlichen Abhilfemaßnahmen treffen.

Die Kommission darf überprüfen, ob die getroffenen Maßnahmen geeignet sind, und darf verlangen, dass innerhalb einer gesetzten Frist weitere Maßnahmen getroffen werden.

ARTIKEL II.6 – VERTRAULICHKEIT

II.6.1 Während der Durchführung der *Maßnahme* und fünf Jahre lang nach Zahlung des Restbetrags müssen die Parteien alle *vertraulichen Informationen und Dokumente* vertraulich behandelt.

II.6.2 Die Parteien dürfen *vertrauliche Informationen und Dokumente* nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der anderen Partei für andere Zwecke als für die Erfüllung ihrer Pflichten aus der Rahmenvereinbarung oder der Einzelvereinbarung verwenden.

II.6.3 Die Vertraulichkeitsverpflichtungen gelten nicht, wenn

- a) die offenlegende Partei die andere Partei von diesen Verpflichtungen entbindet;
- b) die *vertraulichen Informationen oder Dokumente* an die Öffentlichkeit gelangen, ohne dass gegen die Vertraulichkeitsverpflichtungen verstoßen worden wäre;
- c) die Weitergabe der *vertraulichen Informationen oder Dokumente* gesetzlich vorgeschrieben ist.

ARTIKEL II.7 – VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

II.7.1 Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Kommission

Alle in der Rahmenvereinbarung und den Einzelvereinbarungen enthaltenen personenbezogenen Daten müssen von der Kommission gemäß der Verordnung (EG) Nr. 45/2001³ verarbeitet werden.

Die Verarbeitung dieser Daten durch den in Artikel I.3 genannten für die Verarbeitung der Daten Verantwortlichen darf einzig und allein der Durchführung, Verwaltung und Überwachung der Rahmenvereinbarung und der Einzelvereinbarungen oder zum Schutz der finanziellen Interessen der EU, einschließlich der Kontrollen, Prüfungen und Untersuchungen nach Maßgabe von Artikel II.27, dienen.

Dem Partner steht das Recht zu, seine personenbezogenen Daten einzusehen und zu berichtigen. Zu diesem Zweck muss er alle Anfragen zur Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten an den in Artikel I.3 genannten für die Verarbeitung der Daten Verantwortlichen richten.

Der Partner darf sich jederzeit an den Europäischen Datenschutzbeauftragten wenden.

II.7.2 Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Partner

Der Partner muss bei der Verarbeitung personenbezogener Daten unter dem Dach der Rahmenvereinbarung und der Einzelvereinbarungen die geltenden Datenschutzvorschriften der EU und des nationalen Rechts einhalten (einschließlich der Genehmigungs- und Meldepflichten).

Der Partner gestattet seinen Mitarbeitern den Zugriff auf die Daten nur in dem zur Durchführung, Verwaltung oder Überwachung der Rahmenvereinbarung und der Einzelvereinbarungen unbedingt erforderlichen Maß.

Der Partner muss technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen treffen, die angesichts der von der Verarbeitung ausgehenden Risiken und der Art der betreffenden personenbezogenen Daten angemessen sind und die

- (a) verhindern, dass Unbefugte Zugang zu Datenverarbeitungssystemen erhalten, mit denen personenbezogene Daten verarbeitet werden; diese Maßnahmen verhindern insbesondere:
 - (i) unbefugtes Lesen, Kopieren, Ändern oder Entfernen von Datenträgern;
 - (ii) unbefugte Dateneingabe sowie unbefugte Weitergabe, Änderung oder Löschung gespeicherter personenbezogener Daten;

³ Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr.

- (iii) unbefugte Nutzung von Datenverarbeitungssystemen mit Hilfe von Einrichtungen zur Datenübertragung;
- (b) gewährleisten, dass die zur Benutzung eines Datenverarbeitungssystems Berechtigten ausschließlich auf die personenbezogenen Daten zugreifen können, auf die sich ihre Zugriffsberechtigung erstreckt;
- (c) erfassen, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit an wen übermittelt worden sind;
- (d) gewährleisten, dass personenbezogene Daten, die im Auftrag Dritter verarbeitet werden, nur entsprechend den Weisungen der Kommission verarbeitet werden können;
- (e) sicherstellen, dass während der Übertragung personenbezogener Daten sowie beim Transport von Datenträgern die Daten nicht unbefugt gelesen, kopiert oder gelöscht werden können;
- (f) eine den Anforderungen des Datenschutzes entsprechende Organisationsstruktur schaffen.

ARTIKEL II.8 – SICHTBARKEIT DER FINANZIERUNG DURCH DIE UNION

II.8.1 Angaben zur Finanzierung durch die Union und Verwendung des Emblems der Europäischen Union

Sofern die Kommission nichts anderes verlangt oder vereinbart, muss auf jeder von dem Partner herausgegebenen Mitteilung oder Veröffentlichung im Zusammenhang mit einer *Maßnahme*, einschließlich im Rahmen von Konferenzen und Seminaren, sowie auf sämtlichen Informations- oder Werbematerialien (wie Broschüren, Faltblättern, Plakaten, Präsentationen, Materialien in elektronischer Form usw.)

- (a) angegeben werden, dass *die Maßnahme* mit Unionsmitteln finanziert wird, und
- (b) das Emblem der Europäischen Union angebracht werden.

Erscheint das Emblem der Europäischen Union zusammen mit anderen Emblemen, so muss es ausreichend hervorgehoben werden.

Aus der Pflicht zur Anbringung des Emblems der Europäischen Union kann der Partner nicht das Recht auf ausschließliche Nutzung ableiten. Es ist dem Partner untersagt, das Emblem der Europäischen Union oder diesem ähnliche Markenzeichen oder Logos für sich zu beanspruchen, indem er eine Eintragung beantragt oder ähnliche Schritte unternimmt.

Für die Zwecke des ersten, zweiten und dritten Unterabsatzes und unter den dort angegebenen Bedingungen darf der Partner das Emblem der Europäischen Union verwenden, ohne zuvor die Genehmigung der Kommission einzuholen.

II.8.2 Haftungsausschluss betreffend die Kommission

Sämtliche Mitteilungen oder Veröffentlichungen im Zusammenhang mit einer *Maßnahme*, die der Partner herausgibt, müssen ungeachtet ihrer Form und des Informationsträgers den Hinweis enthalten,

- (a) dass ihr Inhalt allein die Meinung des Verfassers wiedergibt und
- (b) dass die Kommission für die Nutzung der enthaltenen Informationen nicht haftet.

ARTIKEL II.9 – BESTEHENDE RECHTE, EIGENTUM UND NUTZUNG DER ERGEBNISSE (EINSCHLIESSLICH GEWERBLICHER SCHUTZRECHTE UND URHEBERRECHTE)

II.9.1 Eigentum des Partners an den Ergebnissen

Das Eigentum an den Ergebnissen der *Maßnahme*, einschließlich der gewerblichen Schutzrechte und Urheberrechte sowie der Rechte an den Berichten und weiteren Unterlagen zur *Maßnahme*, fällt dem Partner zu, sofern in der Einzelvereinbarung nichts anderes vorgesehen ist.

II.9.2 Bereits bestehende Rechte

Übermittelt die Kommission dem Partner einen schriftlichen Antrag, in dem sie ihn darüber informiert, welche Ergebnisse sie zu nutzen beabsichtigt, so muss der Partner:

- (a) alle *bereits bestehenden Rechte* auflisten, die in diesen Ergebnissen enthalten sind, und
- (b) diese Liste der Kommission spätestens zusammen mit dem Antrag auf Zahlung des Restbetrags vorlegen.

Der Partner muss sich vergewissern, dass er oder seine verbundenen Einrichtungen während der Durchführung der Einzelvereinbarung über alle Rechte zur Nutzung etwaiger *bereits bestehender Rechte* verfügen.

II.9.3 Nutzung der Ergebnisse und der bereits bestehenden Rechte durch die Union

Der Partner räumt der Europäischen Union die folgenden Rechte zur Nutzung der Ergebnisse einer *Maßnahme* ein:

- a) Nutzung für eigene Zwecke, insbesondere Bereitstellung für Personen, die für die Kommission, andere Organe, Agenturen und Einrichtungen der Union arbeiten, Bereitstellung für Behörden der Mitgliedstaaten sowie vollständiges oder teilweises Kopieren und Vervielfältigen in unbeschränkter Zahl;
- b) Vervielfältigung: das Recht, die direkte oder indirekte, vorübergehende oder dauerhafte, vollständige oder teilweise Vervielfältigung der Ergebnisse auf jede Weise (mechanisch, digital oder auf sonstige Weise) und in jeder Form zu genehmigen;

- c) öffentliche Wiedergabe: das Recht, die öffentliche Auslage, Aufführung oder Wiedergabe, drahtgebunden oder drahtlos, einschließlich einer Veröffentlichung der Ergebnisse, die der Öffentlichkeit den Zugriff von einem selbst gewählten Ort aus und zu einem selbst gewählten Zeitpunkt ermöglicht, zu genehmigen; dieses Recht schließt auch die Wiedergabe und Ausstrahlung über Kabel oder Satellit ein;
- d) Verbreitung: das Recht, jede Form der öffentlichen Verbreitung der Ergebnisse oder Kopien der Ergebnisse zu genehmigen;
- e) Anpassung: das Recht, die Ergebnisse zu verändern;
- f) Übersetzung;
- g) das Recht, die Ergebnisse gemäß den für die Kommission geltenden Dokumentenverwaltungsvorschriften zu speichern und zu archivieren, was auch die Digitalisierung oder die Konvertierung in ein anderes Format zum Zwecke der Archivierung oder für neue Verwendungszwecke umfasst;
- h) sofern es sich bei den Ergebnissen um Dokumente handelt, das Recht, die Weiterverwendung der Dokumente im Einklang mit dem Beschluss 2011/833/EU der Kommission vom 12. Dezember 2011 über die Weiterverwendung von Kommissionsdokumenten zu genehmigen, falls dieser Beschluss anwendbar ist und die Dokumente in seinen Anwendungsbereich fallen und nicht aufgrund einer seiner Bestimmungen von der Anwendung ausgenommen sind. Für die Zwecke dieser Bestimmung haben die Begriffe „Weiterverwendung“ und „Dokument“ dieselbe Bedeutung wie in Beschluss 2011/833/EU.

Die oben genannten Nutzungsrechte können in der Einzelvereinbarung näher festgelegt werden.

In der Einzelvereinbarung können weitere Nutzungsrechte für die Union festgelegt werden.

Der Partner muss sicherstellen, dass die Union zur Nutzung aller *bereits bestehenden Rechte*, die in die Ergebnisse einer *Maßnahme* mit eingeflossen sind, berechtigt ist. Die *bereits bestehenden Rechte* müssen für die gleichen Zwecke und unter den gleichen Bedingungen genutzt werden wie die Rechte an der Nutzung der Ergebnisse der *Maßnahme*, soweit in der Einzelvereinbarung nichts anderes festgelegt ist.

Bei der Verbreitung der Ergebnisse muss die Union Angaben zum Urheber nach dem folgenden Muster machen: „© – Jahr – Name des Urhebers. Alle Rechte vorbehalten. Bedingte Lizenzrechte von der Europäischen Union erworben.“

Gewährt der Partner der Kommission Nutzungsrechte, so hat dies keine Auswirkung auf seine Vertraulichkeitsverpflichtungen nach Artikel II.6 oder die Verpflichtungen des Partners nach Artikel II.2.

ARTIKEL II.10 – FÜR DIE DURCHFÜHRUNG EINER MASSNAHME ERFORDERLICHE AUFTRAGSVERGABE

II.10.1 Erfordert die Durchführung der *Maßnahme* die Vergabe von Aufträgen für die Beschaffung von Gütern, Bau- oder Dienstleistungen durch den Partner, muss dieser

dem wirtschaftlich günstigsten Angebot oder gegebenenfalls dem preisgünstigsten Angebot den Zuschlag erteilen. Dabei muss er *Interessenkonflikte* vermeiden.

Der Partner muss sicherstellen, dass Artikel II.27 auch für seine Auftragnehmer gilt, insbesondere, dass die Kommission, der Europäische Rechnungshof (EuRH) und das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) ihre Rechte gemäß Artikel II.27 auch gegenüber diesen Auftragnehmern ausüben können.

II.10.2 Ist der Partner ein „öffentlicher Auftraggeber“ im Sinne der Richtlinie 2014/24/EU⁴ oder „öffentlicher Auftraggeber“ im Sinne der Richtlinie 2014/25/EU⁵ muss er sich an die geltenden nationalen Vorschriften für die öffentliche Auftragsvergabe halten.

Der Partner muss sicherstellen, dass die für ihn geltenden Bedingungen nach den Artikeln II.4, II.5, II.6 und II.9 auch auf den Auftragnehmer Anwendung finden.

II.10.3 Für die Durchführung der betreffenden *Maßnahme* und die Einhaltung der Bestimmungen der Rahmenvereinbarung und der Einzelvereinbarung bleibt allein der Partner verantwortlich.

II.10.4 Verstößt der Partner gegen seine Pflichten gemäß Artikel II.10.1, so gelten die mit dem betreffenden Auftrag verbundenen Kosten gemäß Artikel II.19.2 Buchstabe c, d und e als nicht förderfähig.

Verstößt der Partner gegen seine Pflichten nach Artikel II.10.2, kann die Finanzhilfe gemäß Artikel II.25.4 gekürzt werden.

ARTIKEL II.11 – VERGABE VON UNTERAUFTRÄGEN ZU AUFGABEN IM RAHMEN EINER MASSNAHME

II.11.1 Der Empfänger darf zu Aufgaben im Rahmen einer *Maßnahme* Unteraufträge vergeben. Wenn er dies tut, muss er dafür sorgen, dass zusätzlich zu den in Artikel II.10 genannten Bedingungen folgende Bedingungen eingehalten werden:

- (a) Die Vergabe von Unteraufträgen betrifft keine Kernaufgaben der *Maßnahme*.
- (b) Die Vergabe von Unteraufträgen ist aufgrund der Art der *Maßnahme* und der Erfordernisse für ihre Durchführung gerechtfertigt.
- (c) Die für die Unterauftragsvergabe veranschlagten Kosten sind im Kostenvoranschlag in Anhang II der Einzelvereinbarung ausgewiesen.

⁴ Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG des Rates.

⁵ Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/17/EG.

- (d) Jede Vergabe von Unteraufträgen, sofern sie nicht in Anhang I der Einzelvereinbarung vorgesehen ist, ist vom Partner mitzuteilen und von der Kommission zu genehmigen. Die Kommission kann die Genehmigung erteilen:
- i) vor der Vergabe von Unteraufträgen, sofern der Partner eine Änderung gemäß Artikel II.13 beantragt, oder
 - ii) nach der Vergabe von Unteraufträgen, sofern die Vergabe von Unteraufträgen,
 - ausdrücklich gerechtfertigt ist im Zwischenbericht über die technische Durchführung oder im Abschlussbericht über die technische Durchführung gemäß den Artikeln 4.3 und 4.4 der Einzelvereinbarung und
 - keine Änderungen der Rahmenvereinbarung oder der Einzelvereinbarung erfordert, die die Entscheidung über die Aufnahme partnerschaftlicher Beziehungen oder über die Gewährung der Einzelfinanzhilfe infrage stellen oder gegen die Gleichbehandlung der Antragsteller verstoßen;
- (e) Der Partner stellt sicher, dass die für ihn nach Artikel II.8 geltenden Bedingungen auch für die Unterauftragnehmer gelten.

II.11.2 Verstößt der Partner gegen seine Pflichten gemäß Artikel II.11.1 Buchstabe a, b, c oder d, so gelten die mit dem betreffenden Auftrag verbundenen Kosten gemäß Artikel II.19.2 Buchstabe f als nicht förderfähig.

Verstößt der Partner gegen seine Pflicht nach Artikel II.11.1 Buchstabe e, kann die Finanzhilfe gemäß Artikel II.25.4 gekürzt werden.

ARTIKEL II.12 – FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG DRITTER

II.12.1 Muss der Partner während der Durchführung der *Maßnahme* Dritten finanzielle Unterstützung gewähren, so muss der Partner diese finanzielle Unterstützung gemäß den in Anhang I der Einzelvereinbarung festgelegten Bedingungen gewähren, die vorsehen, dass zumindest folgende Informationen angegeben werden:

- (a) der Höchstbetrag der finanziellen Unterstützung, der 60 000 EUR für jeden unterstützten Dritten nicht überschreiten darf, es sei denn, die finanzielle Unterstützung ist das vorrangige Ziel der *Maßnahme* nach Anhang I der Einzelvereinbarung;
- (b) die Kriterien für die genaue Bestimmung der finanziellen Unterstützung;
- (c) die verschiedenen in einer nicht erweiterbaren Liste aufgeführten Tätigkeiten, für die finanzielle Unterstützung gewährt werden kann;

- (d) die Personen oder Personengruppen, denen finanzielle Unterstützung gewährt werden kann;
- (e) die Kriterien für die Gewährung finanzieller Unterstützung.

II.12.2 Erfolgt die finanzielle Unterstützung in Form eines Preisgelds, muss der Partner diese finanzielle Unterstützung abweichend von Artikel II.12.1 im Einklang mit den Bedingungen in Anhang I der Einzelvereinbarung gewähren, die vorsehen, dass zumindest folgende Informationen angegeben werden:

- a) die Teilnahmebedingungen;
- b) die Kriterien für die Vergabe des Preisgelds;
- c) die Höhe des Preisgelds;
- d) die Zahlungsmodalitäten.

II.12.3 Der Partner muss sicherstellen, dass die für ihn geltenden Bedingungen nach den Artikeln II.4, II.5, II.6, II.8, II.9 und II.27 auch auf Dritte Anwendung finden, die finanzielle Unterstützung erhalten.

ARTIKEL II.13 – ÄNDERUNG DER RAHMENVEREINBARUNG UND DER EINZELVEREINBARUNGEN

II.13.1 Änderungen der Rahmenvereinbarung oder einer Einzelvereinbarung müssen in schriftlicher Form erfolgen.

II.13.2 Eine Änderung darf nicht dem Zweck dienen oder dazu führen, dass die Rahmenvereinbarung oder eine Einzelvereinbarung in einer Weise geändert werden, die die Entscheidung über die Aufnahme partnerschaftlicher Beziehungen oder über die Gewährung der Einzelfinanzhilfe infrage stellen oder gegen die Gleichbehandlung der Antragsteller verstoßen würde.

II.13.3 Jeder Änderungsantrag muss:

- a) ordnungsgemäß begründet sein;
- b) mit geeigneten Belegen versehen sein und
- c) der anderen Partei rechtzeitig, bevor die Änderung wirksam werden soll, und in jedem Fall einen Monat vor dem Ende des *Durchführungszeitraums* der Rahmenvereinbarung oder der Einzelvereinbarung übermittelt werden.

Buchstabe c gilt nicht in von der die Änderung beantragenden Partei ausreichend begründeten Fällen, sofern die andere Partei zustimmt.

II.13.4 Bei Einzelfinanzhilfen als Beiträge zu den Betriebskosten darf der in Artikel 2.2 der Einzelvereinbarung festgelegte *Durchführungszeitraum* nicht im Wege von Änderungen verlängert werden.

II.13.5 Änderungen treten an dem Tag in Kraft, an dem sie von der letzten Partei unterzeichnet werden, oder an dem Tag, an dem der Änderungsantrag genehmigt wird.

Änderungen werden an dem von den Parteien vereinbarten Tag wirksam oder, wenn kein Tag vereinbart wurde, an dem Tag, an dem die geänderte Vereinbarung in Kraft tritt.]

ARTIKEL II.14 – ABTRETUNG VON ZAHLUNGSANSPRÜCHEN AN DRITTE

II.14.1 Der Partner darf seine Zahlungsansprüche gegenüber der Kommission nicht an Dritte abtreten, es sei denn, die Kommission genehmigt dies auf der Grundlage eines begründeten schriftlichen Antrags des Partners.

Akzeptiert die Kommission die Abtretung nicht oder werden deren Bedingungen nicht eingehalten, ist die Abtretung für sie unwirksam.

II.14.2 Eine Abtretung entbindet den Partner in keinem Fall von seinen Verpflichtungen gegenüber der Kommission.

ARTIKEL II.15 – HÖHERE GEWALT

II.15.1 Sieht sich eine Partei mit *höherer Gewalt* konfrontiert, muss sie der anderen Partei unverzüglich eine *förmliche Mitteilung* zusenden und die Art der Situation oder des Ereignisses, seine voraussichtliche Dauer und seine absehbaren Folgen angeben.

II.15.2 Die Parteien müssen die erforderlichen Maßnahmen treffen, um etwaige Schäden infolge *höherer Gewalt* zu begrenzen. Sie müssen sich nach Kräften bemühen, die Durchführung der *Maßnahme* so bald wie möglich wieder aufzunehmen.

II.15.3 Es wird keiner Partei als Verstoß gegen die Pflichten aus der Rahmenvereinbarung oder einer Einzelvereinbarung ausgelegt, wenn sie durch *höhere Gewalt* an deren Erfüllung gehindert ist.

ARTIKEL II.16 – AUSSETZUNG DER DURCHFÜHRUNG

II.16.1 Aussetzung der Durchführung einer *Maßnahme* durch den Partner

Der Partner kann die Durchführung einer *Maßnahme* oder eines Teils davon aussetzen, wenn die Durchführung aufgrund außergewöhnlicher Umstände, vor allem *höherer Gewalt*, unmöglich oder übermäßig erschwert wird.

Der Partner muss die Kommission hiervon unverzüglich in Kenntnis setzen unter Angabe:

- (a) der Gründe für die Aussetzung, einschließlich genauer Angaben über das Datum oder den Zeitraum, zu dem die außergewöhnlichen Umstände eingetreten sind, und
- (b) des Datums der voraussichtlichen Wiederaufnahme.

Sobald die Umstände die Wiederaufnahme der Durchführung der *Maßnahme* gestatten, muss der Partner die Kommission unverzüglich unterrichten und gemäß Artikel II.16.3 eine Änderung der Rahmenvereinbarung oder einer Einzelvereinbarung beantragen. Diese Verpflichtung gilt nicht, wenn die Rahmenvereinbarung oder Einzelvereinbarung gemäß Artikel II.17.1 oder Artikel II.17.2.2 Buchstabe b oder c gekündigt wird.

II.16.2 Aussetzung der Durchführung durch die Kommission

II.16.2.1 Gründe für die Aussetzung

Die Kommission kann die Durchführung einer *Maßnahme* oder eines Teils davon oder die Durchführung der Rahmenvereinbarung aussetzen, wenn

- (a) sie dem Partner *gravierende Fehler, Unregelmäßigkeiten oder Betrug* während des Gewährungsverfahrens oder der Durchführung der Rahmenvereinbarung oder der Einzelvereinbarung nachweisen kann oder der Partner seinen Pflichten aus diesen Vereinbarungen nicht nachkommt;
- (b) sie dem Partner im Zusammenhang mit anderen Finanzhilfen der Union oder der Europäischen Atomgemeinschaft (im Folgenden „Euratom“), die ihm unter ähnlichen Bedingungen gewährt worden sind, systembedingte oder wiederkehrende Fehler, *Unregelmäßigkeiten, Betrug* oder schwerwiegende Pflichtverstöße nachweisen kann, sofern diese Fehler, *Unregelmäßigkeiten, Betrugsvorgänge* oder Pflichtverstöße beträchtliche Auswirkungen auf eine oder mehrere gemäß der Rahmenvereinbarung gewährte Einzelfinanzhilfen haben; oder
- (c) sie den Verdacht hegt, dass der Partner während des Gewährungsverfahrens oder der Durchführung der Rahmenvereinbarung oder der Einzelvereinbarung *gravierende Fehler, Unregelmäßigkeiten, Betrug* oder Pflichtverletzungen begangen hat, und prüfen muss, ob ihr Verdacht begründet ist.

Ab dem Tag, an dem die Aussetzung der Durchführung der Rahmenvereinbarung wirksam wird, gilt automatisch auch die Durchführung jeder Maßnahme, für die eine Einzelfinanzhilfe gewährt wurde, als ausgesetzt.

II.16.2.2 Verfahren der Aussetzung

Schritt 1 – Vor Aussetzung der Durchführung einer *Maßnahme* muss die Kommission dem Partner eine *förmliche Mitteilung* zusenden,

- (a) worin sie ihm Folgendes mitteilt:
 - (i) ihre Absicht, die Durchführung auszusetzen;
 - (ii) die Gründe für die Aussetzung;
 - (iii) die notwendigen Bedingungen für die Wiederaufnahme der Durchführung der Rahmenvereinbarung oder der *Maßnahme* in den in Artikel II.16.2.1 Buchstaben a und b genannten Fällen; und
- (b) mit der sie ihn auffordert, innerhalb von 30 Kalendertagen nach Erhalt dieser *förmlichen Mitteilung* Stellung zu nehmen.

Schritt 2 – Erhält die Kommission keine Stellungnahme oder beschließt sie, das Verfahren trotz einer erhaltenen Stellungnahme fortzusetzen, muss sie dem Partner eine *förmliche Mitteilung* zusenden, worin sie ihm Folgendes mitteilt:

- (a) die Aussetzung der Durchführung;
- (b) die Gründe für die Aussetzung; und
- (c) die definitiven Bedingungen für die Wiederaufnahme der Durchführung der Rahmenvereinbarung oder der *Maßnahme* in den in Artikel II.16.2.1 Buchstaben a und b genannten Fällen; oder
- (d) das voraussichtliche Abschlussdatum der notwendigen Überprüfung in dem in Artikel II.16.2.1 Buchstabe c genannten Fall.

Die Aussetzung wird am Tag des Eingangs der *förmlichen Mitteilung* beim Partner oder an einem späteren, in der *förmlichen Mitteilung* angegebenen Tag wirksam.

Anderenfalls muss die Kommission dem Partner eine *förmliche Mitteilung* zusenden und ihm mitteilen, dass sie das Aussetzungsverfahren nicht fortsetzt.

II.16.2.3 Wiederaufnahme der Durchführung

Damit die Durchführung wieder aufgenommen werden kann, muss der Partner die ihm mitgeteilten Bedingungen so rasch wie möglich erfüllen und die Kommission über alle Fortschritte informieren.

Sofern die Bedingungen für die Wiederaufnahme der Durchführung der Rahmenvereinbarung oder der Einzelvereinbarungen erfüllt werden oder die notwendigen Überprüfungen durchgeführt wurden, muss die Kommission dem Partner eine *förmliche Mitteilung* zusenden, womit sie diesen

- (a) informiert, dass die Bedingungen für die Aufhebung der Aussetzung erfüllt werden, und
- (b) ihn auffordert, einen Antrag auf Änderung der betreffenden Vereinbarung gemäß Artikel II.16.3 zu stellen. Diese Verpflichtung gilt nicht, wenn die Rahmenvereinbarung oder Einzelvereinbarung gemäß Artikel II.17.1 oder Artikel II.17.2.2 Buchstabe b, f oder g gekündigt wird.

II.16.3 Wirkungen der Aussetzung

II.16.3.1 Sofern die Rahmenvereinbarung nicht gekündigt wird, kann sie gemäß Artikel II.13 an die neuen Durchführungsbedingungen angepasst werden.

Die Aussetzung der Durchführung der Rahmenvereinbarung sowie der gemäß Artikel II.16.2.1 automatisch ausgesetzten Maßnahmen gilt ab dem Tag als aufgehoben, an dem die Kommission die Mitteilung nach Artikel II.16.2.3 Buchstabe a macht. In diesem Fall findet Artikel II.16.3.2 keine Anwendung.

II.16.3.2 Kann die Durchführung der ausgesetzten *Maßnahme* wieder aufgenommen werden und wurde die Einzelvereinbarung nicht gekündigt, muss die Einzelvereinbarung gemäß Artikel II.13 geändert werden, um

- (a) das Datum festzulegen, an dem die *Maßnahme* wieder aufgenommen werden soll;
- (b) die Dauer der *Maßnahme* zu verlängern und
- (c) sonstige Änderungen vorzunehmen, die zur Anpassung der *Maßnahme* an die neue Situation notwendig sein können.

Die Aussetzung wird aufgehoben mit Wirkung ab dem Wiederaufnahmedatum, das in der geänderten Vereinbarung festgelegt wurde. Dieses Datum kann vor dem Tag des Inkrafttretens der Änderung liegen.

II.16.3.3 Die Kosten, die während des Aussetzungszeitraums im Zusammenhang mit der Durchführung der ausgesetzten *Maßnahme* oder des ausgesetzten Teils der Maßnahme entstanden sind, können nicht erstattet oder von der Finanzhilfe gedeckt werden.

Die Aussetzung der Durchführung einer *Maßnahme* oder der Rahmenvereinbarung lässt das Recht der Kommission auf Kündigung der betreffenden Vereinbarung gemäß Artikel II.17.2 sowie ihr Recht auf Kürzung der Finanzhilfe gemäß Artikel II.25.4 oder auf Einziehung rechtsgrundlos gezahlter Beträge gemäß Artikel II.26 unberührt.

Keine Partei darf im Fall der Aussetzung der Durchführung durch die andere Partei Schadenersatz geltend machen.

ARTIKEL II.17 – KÜNDIGUNG DER RAHMENVEREINBARUNG UND DER EINZELVEREINBARUNGEN

II.17.1 Kündigung der Rahmenvereinbarung oder einer Einzelvereinbarung durch den Partner

II.17.1.1 Kündigung der Rahmenvereinbarung

Der Partner kann die Rahmenvereinbarung ohne Angabe der Gründe kündigen.

Der Partner muss der Kommission eine *förmliche Mitteilung* über die Kündigung übermitteln unter Angabe des Datums, an dem die Kündigung wirksam wird. Dieses Datum muss nach dem Zeitpunkt der *förmlichen Mitteilung* liegen.

II.17.1.2 Kündigung einer Einzelvereinbarung

Der Partner kann eine Einzelvereinbarung kündigen.

Der Partner muss der Kommission eine *förmliche Mitteilung* über die Kündigung übermitteln unter Angabe

- (a) die Gründe für die Kündigung und
- (b) des Datums, an dem die Kündigung wirksam wird. Dieses Datum muss nach dem Zeitpunkt der *förmlichen Mitteilung* liegen.

Gibt der Partner keine Gründe für die Kündigung an oder ist die Kommission der Auffassung, dass die Gründe die Kündigung nicht rechtfertigen, gilt die Einzelvereinbarung als nicht ordnungsgemäß gekündigt.

Die Kündigung wird an dem Tag wirksam, der in der *förmlichen Mitteilung* angegeben wurde.

II.17.2 Kündigung der Rahmenvereinbarung oder einer Einzelvereinbarung durch die Kommission

II.17.2.1 Kündigung der Rahmenvereinbarung

Die Kommission kann die Rahmenvereinbarung ohne Angabe der Gründe kündigen.

Die Kommission muss dem Partner eine *förmliche Mitteilung* über die Kündigung übermitteln unter Angabe des Datums, an dem die Kündigung wirksam wird. Die Mitteilung ist rechtzeitig, bevor die Kündigung wirksam werden soll, zu übermitteln.

II.17.2.2 Kündigung der Rahmenvereinbarung oder einer Einzelvereinbarung auf der Grundlage einer ausdrücklichen Begründung

Die Kommission kann die Rahmenvereinbarung oder eine Einzelvereinbarung kündigen, wenn:

- (a) rechtliche, finanzielle, technische, organisatorische oder die Eigentumsverhältnisse betreffende Änderungen aufseiten des Partners die Durchführung der Rahmenvereinbarung oder der Einzelvereinbarung substanziell zu beeinträchtigen drohen oder ihre Entscheidung über die Aufnahme partnerschaftlicher Beziehungen oder über die Gewährung der Einzelfinanzhilfe infrage stellen;
- (b) der Partner eine *Maßnahme* nicht gemäß Anhang I der Einzelvereinbarung durchführt oder eine andere seiner wesentlichen Pflichten aus der Rahmenvereinbarung oder der Einzelvereinbarung nicht erfüllt;
- (c) die Durchführung einer *Maßnahme* aufgrund *höherer Gewalt* oder außergewöhnlicher Umstände ausgeschlossen ist oder ausgesetzt wird und entweder
 - i. eine Wiederaufnahme unmöglich ist oder
 - ii. die erforderlichen Änderungen der Rahmenvereinbarung oder der Einzelvereinbarung die Entscheidung über die Aufnahme partnerschaftlicher Beziehungen oder über die Gewährung der Einzelfinanzhilfe infrage stellen oder gegen die Gleichbehandlung der Antragsteller verstoßen würde;
- (d) sich der Partner oder eine Person, die unbegrenzt für die Schulden des Partners haftet, in einer der in Artikel 106 Absatz 1 Buchstaben a oder b der Haushaltsordnung genannten Situationen befindet⁶;
- (e) sich der Partner oder eine mit diesem verbundene Person in einer der in Artikel 106 Absatz 1 Buchstaben c, d, e oder f der Haushaltsordnung genannten Situationen befindet oder unter Artikel 106 Absatz 2 der Haushaltsordnung fällt;
- (f) die Kommission dem Partner oder einer mit diesem *verbundenen Person* *gravierende Fehler, Unregelmäßigkeiten* oder *betrügerische Handlungen* während des Gewährungsverfahrens oder bei der Durchführung der Rahmenvereinbarung oder einer Einzelvereinbarung nachweisen kann; dies gilt auch für die Erteilung falscher Auskünfte oder die unterlassene Erteilung erforderlicher Auskünfte durch den Partner oder die mit ihm *verbundene Person*;
- (g) die Kommission dem Partner im Zusammenhang mit anderen Finanzhilfen der Union oder der Europäischen Atomgemeinschaft (im Folgenden „Euratom“), die ihm unter ähnlichen Bedingungen gewährt worden sind, systembedingte oder wiederkehrende Fehler, *Unregelmäßigkeiten, betrügerische Handlungen* oder schwerwiegende Pflichtverstöße nachweisen kann und diese Fehler, *Unregelmäßigkeiten, betrügerische*

⁶ Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union.

Handlungen oder Pflichtverstöße beträchtliche Auswirkungen auf eine gemäß der Rahmenvereinbarung gewährte Finanzhilfe haben oder

- (h) die Kommission dem Partner eine *förmliche Mitteilung* übermittelt hat, in der sie ihn auffordert, die Teilnahme seiner verbundenen Einrichtung zu beenden, weil diese Einrichtung sich in einer der in den Buchstaben e, f oder g genannten Situationen befindet und der Partner keine Änderung zur Beendigung der Teilnahme der Einrichtung und zur Umverteilung ihrer Aufgaben beantragt hat.

II.17.2.3 Verfahren für die Kündigung auf der Grundlage einer ausdrücklichen Begründung

Schritt 1– Bevor die Kommission die Rahmenvereinbarung oder eine Einzelvereinbarung aus einem der in Artikel II.17.2.2 angegebenen Gründe kündigt, übermittelt sie dem Partner eine *förmliche Mitteilung*,

- (a) worin sie ihm Folgendes mitteilt:
 - (i) ihre Kündigungsabsicht;
 - (ii) die Gründe für die Kündigung und
- (b) ihn auffordert, innerhalb von 45 Kalendertagen nach Erhalt der förmlichen Mitteilung
 - (i) Stellung zu nehmen und
 - (ii) im Fall von Artikel II.17.2.2 Buchstabe b die Kommission über die Maßnahmen zu unterrichten, die getroffen wurden, um die Einhaltung der Pflichten aus der Rahmenvereinbarung oder der betreffenden Einzelvereinbarung zu gewährleisten.

Schritt 2 – Erhält die Kommission keine Stellungnahme oder beschließt sie, das Verfahren trotz einer erhaltenen Stellungnahme weiterzuverfolgen, übermittelt sie dem Partner eine *förmliche Mitteilung*, worin sie ihn über die Kündigung und das Datum, an dem diese wirksam wird, informiert.

Anderenfalls muss die Kommission dem Partner eine *förmliche Mitteilung* zusenden und ihm mitteilen, dass sie das Kündigungsverfahren nicht fortsetzt.

Die Kündigung wird wirksam:

- (a) bei Kündigungen nach Maßgabe von Artikel II.17.2.2 Buchstaben a, b, und d: an dem in der *förmlichen Mitteilung* über die Kündigung angegebenen Tag, der in Unterabsatz 2 (d. h. in Schritt 2 oben) genannt wird;
- (b) bei Kündigungen nach Maßgabe von Artikel II.17.2.2 Buchstaben c, e, f, g und h: an dem Tag, der auf den Tag folgt, an dem der Partner die *förmliche Mitteilung* über die Kündigung erhält, die in Unterabsatz 2 (d. h. in Schritt 2 oben) genannt wird.

II.17.3 Wirkungen der Kündigung

Wird die Rahmenvereinbarung von dem Partner gemäß Artikel II.17.1.1 oder von der Kommission im Einklang mit den Artikeln II.17.2.1 oder II.17.2.2 gekündigt, so muss

- a) der Partner sämtliche Einzelvereinbarungen gemäß der Rahmenvereinbarung, die vor dem Wirksamwerden der Kündigung der Rahmenvereinbarung geschlossen wurden, vollständig durchführen.
- b) die Kommission die Verpflichtungen erfüllen, die ihr aus der Durchführung sämtlicher Einzelvereinbarungen gemäß der Rahmenvereinbarung, die vor dem Wirksamwerden der Kündigung der Rahmenvereinbarung geschlossen wurden, erwachsen.

Innerhalb von 60 Kalendertagen ab dem Tag, an dem die Kündigung einer Einzelvereinbarung wirksam wird, muss der Partner einen Antrag auf Zahlung des Restbetrags gemäß Artikel 4.4 der Einzelvereinbarung stellen.

Erhält die Kommission innerhalb der genannten Frist keinen Antrag auf Zahlung des Restbetrags, werden nur Kosten erstattet bzw. durch die Einzelfinanzhilfe gedeckt, die in einem genehmigten Bericht über die technische Durchführung und gegebenenfalls in einer genehmigten Abrechnung aufgeführt sind.

Wird die Einzelvereinbarung durch die Kommission gekündigt, weil der Partner gegen seine Pflicht zur Vorlage des Antrags auf Zahlung verstoßen hat, darf der Partner nach der Kündigung keinen Antrag auf Zahlung mehr einreichen. In diesem Fall gilt Unterabsatz 3.]

Die Kommission berechnet den Endbetrag der Finanzhilfe gemäß Artikel II.25 und die Restbeträge gemäß Artikel 5.4 der Einzelvereinbarung auf der Grundlage der eingereichten Berichte. Nur Kosten, die entstanden sind, bevor die Kündigung wirksam wird, werden erstattet bzw. durch die Einzelfinanzhilfe gedeckt. Kosten im Zusammenhang mit Aufträgen, die erst nach der Kündigung zur Ausführung anstehen, werden nicht berücksichtigt und werden nicht erstattet bzw. durch die Finanzhilfe gedeckt.

Die Kommission kann die Einzelfinanzhilfe gemäß Artikel II.25.4 kürzen im Falle

- (a) einer nicht ordnungsgemäßen Kündigung der Einzelvereinbarung durch den Partner im Sinne des Artikels II.17.1.2 oder
- (b) einer Kündigung der Einzelvereinbarung durch die Kommission aus einem der in Artikel II.17.2.2. Buchstaben b, e, f, g und h genannten Gründen.

Keine Partei darf mit der Begründung Schadenersatz geltend machen, dass die andere Partei die Rahmenvereinbarung oder eine Einzelvereinbarung gekündigt hat.

Nach der Kündigung gelten die Verpflichtungen des Partners weiterhin, insbesondere die Verpflichtungen gemäß Artikel 4 der Einzelvereinbarung und der Artikel II.6, II.8, II.9, II.14, II.27 und solche, die sich aus etwaigen ergänzenden Bestimmungen über die Nutzung der Ergebnisse gemäß den Besonderen Bedingungen ergeben.

ARTIKEL II.18 – ANWENDBARES RECHT, BEILEGUNG VON STREITIGKEITEN UND VOLLSTRECKBAREN BESCHLÜSSEN

II.18.1 Die Rahmenvereinbarung und die Einzelvereinbarungen unterliegen dem geltenden Unionsrecht und erforderlichenfalls subsidiär dem belgischen Recht.

II.18.2 Für alle Streitigkeiten zwischen der Union und dem Partner über Auslegung, Anwendung oder Gültigkeit der Rahmenvereinbarung oder der Einzelvereinbarungen, die nicht gütlich beigelegt werden können, ist gemäß Artikel 272 AEUV allein das Gericht der Europäischen Union oder als Rechtsmittelinstanz der Gerichtshof der Europäischen Union zuständig.

II.18.3 Die Kommission kann gemäß Artikel 299 AEUV zum Zwecke der Einziehung im Sinne des Artikels II.26 einen vollstreckbaren Beschluss erlassen, mit dem eine Zahlung auferlegt wird; dies gilt nicht gegenüber Staaten.

Gegen diesen Beschluss kann nach Artikel 263 AEUV vor dem Gericht der Europäischen Union Klage erhoben werden.

TEIL B - FINANZBESTIMMUNGEN

ARTIKEL II.19 – FÖRDERFÄHIGE KOSTEN

II.19.1 Bedingungen für die Förderfähigkeit

Förderfähige Kosten einer *Maßnahme* sind Kosten, die einem Partner tatsächlich entstehen und die folgende Bedingungen erfüllen:

- (a) Sie fallen innerhalb des *Durchführungszeitraums* der Einzelvereinbarung an, mit Ausnahme der Kosten im Zusammenhang mit dem Antrag auf Zahlung des Restbetrags und den entsprechenden Belegen gemäß Artikel 4.4 der Einzelvereinbarung;
- (b) Sie sind im Kostenvoranschlag der Maßnahme ausgewiesen. Dieser ist in Anhang II der Einzelvereinbarung enthalten.
- (c) Sie sind im Zusammenhang mit der in Anhang I der Einzelvereinbarung beschriebenen *Maßnahme* angefallen und für die Durchführung der Maßnahme notwendig.
- (d) Sie sind insofern feststellbar und nachprüfbar, als sie insbesondere in der Buchführung des Partners entsprechend den im Land seiner Niederlassung geltenden Rechnungslegungsstandards ausgewiesen und entsprechend seinen üblichen Kostenrechnungsverfahren ermittelt worden sind.
- (e) Sie erfüllen die Anforderungen der geltenden steuer- und sozialrechtlichen Bestimmungen und
- f) Sie sind angemessen und gerechtfertigt und entsprechen dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung, insbesondere hinsichtlich der Sparsamkeit und der Effizienz.

II.19.2 Förderfähige direkte Kosten

Um förderfähig zu sein, müssen die *direkten Kosten* der *Maßnahme* die Bedingungen für die Förderfähigkeit gemäß Artikel II.19.1 erfüllen.

Als förderfähige *direkte Kosten* gelten insbesondere die nachstehenden Kostenarten, sofern sie sowohl die Bedingungen für die Förderfähigkeit gemäß Artikel II.19.1 als auch die folgenden Bedingungen erfüllen:

- a) Kosten für Personal, das auf der Grundlage eines mit dem Partner geschlossenen Arbeitsvertrags oder eines gleichwertigen Dienstverhältnisses tätig und für die *Maßnahme* zugeteilt ist, sofern diese der üblichen Gehalts- bzw. Lohnpolitik des Empfängers entsprechen.

Diese Kosten umfassen die tatsächlichen Arbeitsentgelte, Sozialabgaben und weitere in die Vergütung einfließende gesetzlich vorgeschriebene Aufwendungen. Sie können auch Zusatzvergütungen umfassen, einschließlich Zahlungen auf der Grundlage ergänzender Verträge, unabhängig von der Art dieser Verträge, sofern diese Vergütungen in einheitlicher Weise für alle Tätigkeiten oder Fachkompetenzen gleicher Art geleistet werden und nicht an eine Finanzierung aus bestimmten Mitteln gebunden sind.

Die Kosten für die Beschäftigung natürlicher Personen auf der Grundlage eines mit dem Partner geschlossenen Vertrags, der kein Arbeitsvertrag ist, oder natürlicher Personen, die von einem Dritten gegen Entgelt an den Partner abgeordnet sind, können unter den nachstehenden Bedingungen ebenfalls unter diesen Personalkosten aufgenommen werden:

- i) Die Person arbeitet unter ähnlichen Bedingungen wie ein Arbeitnehmer (insbesondere im Hinblick auf die Art der Organisation der Arbeit, die durchgeführten Arbeiten und die Räumlichkeiten, in denen sie durchgeführt werden).
 - ii) Die Ergebnisse ihrer Arbeit sind Eigentum des Partners (sofern ausnahmsweise nicht anders vereinbart) und
 - iii) Die Kosten unterscheiden sich nicht erheblich von den Kosten für Personal, das ähnliche Aufgaben im Rahmen eines Arbeitsvertrags mit dem Partner ausführt;
- b) Reise- und damit verbundene Aufenthaltskosten, sofern sie der üblichen Praxis des Partners entsprechen;
 - c) Kosten für die Abschreibung von Ausrüstungsgütern oder anderen Sachanlagen (neu oder gebraucht), die in der Buchführung des Partners ausgewiesen sind, sofern diese Sachanlagen
 - (i) nach den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen und den üblichen Buchführungsmethoden des Partners abgeschrieben werden und

- (ii) im Einklang mit Artikel II.10.1 erworben wurden, sofern der Erwerb innerhalb des *Durchführungszeitraums* erfolgte.

Förderfähig sind auch die Kosten für die Miete oder das Leasen von Ausrüstungsgütern oder anderen Sachanlagen, sofern diese Kosten die Abschreibungskosten für vergleichbare Ausrüstungsgüter und Sachanlagen nicht übersteigen und keine Finanzierungsgebühr enthalten.

Bei der Festlegung der *förderfähigen Kosten* wird nur der Teil der Abschreibungs-, Miet- oder Leasingkosten berücksichtigt, der auf den in Artikel 2.2 der betreffenden Einzelvereinbarung festgelegten *Durchführungszeitraum* entfällt und der tatsächlichen Nutzung im Rahmen der *Maßnahme* entspricht. In den Besonderen Bedingungen oder in der Einzelvereinbarung kann als Ausnahme festgelegt werden, dass die Kosten für den Erwerb von Ausrüstungsgegenständen in voller Höhe förderfähig sind, wenn die Art der *Maßnahme* und die Umstände der Nutzung der Ausrüstungsgüter oder Gegenstände dies rechtfertigen.

- d) Kosten für Betriebsmittel, sofern sie
 - (i) im Einklang mit Artikel II.10.1 erworben und
 - (ii) direkt für die *Maßnahme* eingesetzt werden;
- e) Kosten, die sich unmittelbar aus Verpflichtungen aufgrund der Rahmenvereinbarung oder der Einzelvereinbarung ergeben (Verbreitung von Informationen, spezielle Bewertung der *Maßnahme*, Prüfungen, Übersetzungen, Vervielfältigung), einschließlich der Kosten für verlangte Finanzbürgschaften, sofern die diesbezüglichen Dienstleistungen im Einklang mit Artikel II.10.1 erworben werden;
- f) Kosten aus *Unteraufträgen* im Sinne des Artikels II.11, sofern die in Artikel II.11.1 Buchstaben a, b, c und d festgelegten Bedingungen eingehalten werden;
- g) Kosten aus der finanziellen Unterstützung Dritter im Sinne des Artikels II.12, sofern die dort festgelegten Bedingungen eingehalten werden;
- h) vom Partner entrichtete Steuern und Abgaben, insbesondere Umsatzsteuer, sofern sie Teil der förderfähigen *direkten Kosten* sind und soweit die Besonderen Bedingungen oder die Einzelvereinbarung nichts anderes bestimmen.

II.19.3 Förderfähige indirekte Kosten

Um förderfähig zu sein, müssen *indirekte Kosten* einen der Maßnahme angemessenen Anteil an den Gemeinkosten des Partners ausmachen und die Bedingungen für die Förderfähigkeit gemäß Artikel II.19.1 erfüllen.

Förderfähige *indirekte Kosten* müssen auf der Grundlage eines Pauschalsatzes von 7 % aller förderfähigen direkten Kosten geltend gemacht werden, soweit Artikel 3.2 der Einzelvereinbarung nichts anderes bestimmt.

II.19.4 Nicht förderfähige Kosten

Als nicht förderfähig gelten außer den Kosten, die nicht die Bedingungen gemäß Artikel II.19.1 erfüllen, nachstehende Kosten:

- (a) Kapitalerträge und Dividenden, die von dem Partner ausgezahlt werden;
- (b) Verbindlichkeiten und damit verbundene Zinsen;
- (c) Rückstellungen für Verluste oder Verbindlichkeiten;
- (d) Zinsaufwendungen;
- (e) zweifelhafte Forderungen;
- (f) Wechselkursverluste;
- (g) von der Bank des Partners in Rechnung gestellte Kosten für Überweisungen der Kommission,
- (h) Kosten, die vom Partner im Rahmen einer anderen Maßnahme, für die eine Finanzhilfe aus dem Unionshaushalt gewährt wird, geltend gemacht werden, einschließlich Finanzhilfen, die von einem Mitgliedstaat gewährt und aus dem Unionshaushalt finanziert werden, sowie Finanzhilfen, die von anderen Einrichtungen als der Kommission für die Zwecke der Ausführung des Unionshaushalts gewährt werden. Insbesondere können indirekte Kosten für die Zeiträume, in denen ein Beitrag zu den Betriebskosten gezahlt wurde, nicht als indirekte förderfähige Kosten geltend gemacht werden, wenn der Partner einen aus dem EU- oder Euratom-Haushalt finanzierten Beitrag zu den Betriebskosten erhält, es sei denn, es kann nachgewiesen werden, dass der Beitrag zu den Betriebskosten nicht für die Kosten der Maßnahme verwendet wird.
- (i) Sachleistungen Dritter,
- (j) übermäßige oder unbedachte Ausgaben;
- (k) abzugsfähige USt.

ARTIKEL II.20 – FESTSTELLBARKEIT UND NACHPRÜFBARKEIT DER GELTEND GEMACHTEN BETRÄGE

II.20.1 Geltendmachung von Kosten und Finanzierungsbeiträgen

Der Partner muss Folgendes als förderfähige Kosten oder als beantragten Beitrag angeben:

- (a) für tatsächliche Kosten: die Kosten, die ihm für die *Maßnahme* tatsächlich entstanden sind;
- (b) für Kosten oder Finanzierungsbeiträge je Einheit: das Produkt aus dem Betrag je Einheit gemäß Artikel 3.2 Buchstabe a Ziffer ii oder Buchstabe b der Einzelvereinbarung und der tatsächlichen Anzahl der verwendeten oder produzierten Einheiten;
- (c) für Kosten oder Finanzierungsbeiträge auf der Grundlage von Pauschalbeträgen: den Gesamtbetrag gemäß Artikel 3.2 Buchstabe a Ziffer iii oder Buchstabe c der Einzelvereinbarung, sofern die entsprechenden Aufgaben oder der Teil der in Anhang I beschriebenen *Maßnahme* ordnungsgemäß durchgeführt wurden;

- (d) für Kosten oder Finanzierungsbeiträge auf der Grundlage von Pauschalsätzen: den Betrag, der sich aus der Anwendung des Pauschalsatzes gemäß Artikel 3.2 Buchstabe a Ziffer iv oder Buchstabe d der Einzelvereinbarung ergibt;
- (e) für die Kosten je Einheit, die auf der Grundlage der üblichen Kostenrechnungsverfahren des Partners geltend gemacht werden: das Produkt aus dem nach den üblichen Kostenrechnungsverfahren des Partners berechneten Betrag je Einheit und der tatsächlichen Anzahl der verwendeten oder produzierten Einheiten;
- (f) für Pauschalbeträge, die auf der Grundlage der üblichen Kostenrechnungsverfahren des Partners geltend gemacht werden: den nach den üblichen Kostenrechnungsverfahren des Partners berechneten Gesamtbetrag, sofern die entsprechenden Aufgaben oder der Teil der *Maßnahme* ordnungsgemäß durchgeführt wurden;
- (g) für Pauschalsatzfinanzierungen, die auf der Grundlage der üblichen Kostenrechnungsverfahren des Partners geltend gemacht werden: den Betrag, der sich aus der Anwendung des nach den üblichen Kostenrechnungsverfahren des Partners berechneten Pauschalsatzes ergibt.

II.20.2 Aufzeichnungen und sonstige Unterlagen als Beleg für die geltend gemachten Kosten und Beiträge

Der Partner muss Folgendes vorlegen, wenn er im Rahmen von Kontrollen oder Prüfungen im Sinne des Artikels II.27 dazu aufgefordert wird:

- (a) für tatsächliche Kosten: geeignete Belege als Nachweis für die geltend gemachten Kosten wie Verträge, Rechnungen und Buchführungsauszüge.

Darüber hinaus müssen die üblichen Buchführungsmethoden und Verfahren der internen Kontrolle des Partners es ermöglichen, die geltend gemachten Beträge unmittelbar den Beträgen in seinen Buchführungsunterlagen und Belegen zuzuordnen;

- (b) für Kosten oder Finanzierungsbeiträge je Einheit: geeignete Belege als Nachweis für die angegebene Anzahl von Einheiten.

Es ist nicht erforderlich, dass der Partner die förderfähigen, tatsächlich angefallenen Kosten ausweist oder Belege, wie Buchführungsunterlagen, als Nachweis für den geltend gemachten Betrag je Einheit vorlegt;

- (c) für Kosten oder Finanzierungsbeiträge auf der Grundlage von Pauschalbeträgen: geeignete Belege als Nachweis für die ordnungsgemäße Durchführung der *Maßnahme*.

Der Partner muss die förderfähigen, tatsächlich angefallenen Kosten nicht ausweisen und keine Belege, wie Buchführungsunterlagen, als Nachweis für den geltend gemachten Pauschalbetrag vorlegen;

- (d) für Kosten oder Finanzierungsbeiträge auf der Grundlage von Pauschalsätzen: geeignete Belege als Nachweis für die förderfähigen Kosten oder den beantragten Beitrag, auf die bzw. den der Pauschalsatz angewandt wird.

Der Partner muss die förderfähigen, tatsächlich angefallenen Kosten nicht ausweisen und keine Belege, wie Buchführungsunterlagen, als Nachweis für den angewandten Pauschalsatz vorlegen;

- (e) für die Kosten je Einheit, die auf der Grundlage der üblichen Kostenrechnungsverfahren des Partners geltend gemacht werden: geeignete Belege als Nachweis für die angegebene Anzahl von Einheiten;
- (f) für Pauschalbeträge, die auf der Grundlage der üblichen Kostenrechnungsverfahren des Partners geltend gemacht werden: geeignete Belege als Nachweis für die ordnungsgemäße Durchführung der *Maßnahme*;
- (g) für Pauschalsatzfinanzierungen, die auf der Grundlage der üblichen Kostenrechnungsverfahren des Partners geltend gemacht werden: geeignete Belege als Nachweis für die förderfähigen Kosten, auf die der Pauschalsatz angewandt wird.

II.20.3 Bedingungen für die Feststellung der Konformität der Kostenrechnungsverfahren

II.20.3.1 In den Fällen nach Artikel II.20.2 Buchstaben e, f und g ist es nicht erforderlich, dass der Partner die förderfähigen, tatsächlich angefallenen Kosten ausweist; er muss aber gewährleisten, dass die zur Geltendmachung der förderfähigen Kosten herangezogenen Kostenrechnungsverfahren folgende Bedingungen erfüllen:

- (a) Die herangezogenen Kostenrechnungsverfahren entsprechen den üblichen Kostenrechnungsverfahren des Partners und werden auf der Grundlage objektiver Kriterien unabhängig von der Herkunft der verwendeten Mittel einheitlich angewandt.
- (b) Die geltend gemachten Kosten können direkt den in seiner allgemeinen Buchführung ausgewiesenen Beträgen zugeordnet werden und
- (c) Nicht förderfähige Kosten oder Kosten, die durch andere Arten von Finanzhilfen im Sinne des Artikels 3.2 der Einzelvereinbarung gedeckt sind, sind von den Kostenarten ausgenommen, die zur Bestimmung der geltend gemachten Kosten herangezogen werden.

II.20.3.2 Sofern die Einzelvereinbarung dies vorsieht, kann der Partner bei der Kommission eine Beurteilung seiner üblichen Kostenrechnungsverfahren beantragen. Diesem Antrag muss eine Bescheinigung über die Konformität der Kostenrechnungsverfahren (im Folgenden „Konformitätsbescheinigung“) beigefügt werden, wenn dies in der Einzelvereinbarung verlangt wird.

Die Konformitätsbescheinigung muss:

- (a) von einem zugelassenen Rechnungsprüfer oder, wenn es sich bei dem Partner um eine öffentlich-rechtliche Einrichtung handelt, von einem qualifizierten und unabhängigen Beamten ausgestellt werden und
- (b) nach Maßgabe des Anhangs VII erstellt werden.

In der Bescheinigung muss bestätigt werden, dass die zur Geltendmachung der förderfähigen Kosten herangezogenen Kostenrechnungsverfahren des Partners den Anforderungen in Artikel II.20.3.1 und den etwaigen zusätzlichen Anforderungen in den Besonderen Bedingungen oder in der Einzelvereinbarung genügen.

II.20.3.3 Hat die Kommission die Konformität der üblichen Kostenrechnungsverfahren des Partners bestätigt, dürfen die auf der Grundlage dieser Verfahren geltend gemachten Kosten im Nachhinein nicht infrage gestellt werden, sofern

- (a) die tatsächlich verwendeten Verfahren den von der Kommission genehmigten Verfahren entsprechen und
- (b) der Partner keine Informationen zurückgehalten hat, um die Genehmigung für seine Kostenrechnungsverfahren zu erhalten.

ARTIKEL II.21 – FÖRDERFÄHIGKEIT DER KOSTEN VON MIT DEM PARTNER VERBUNDENEN EINRICHTUNGEN

Sind Einrichtungen, die mit dem Partner verbunden sind, in den Besonderen Bedingungen oder in der Einzelvereinbarung berücksichtigt, sind die Kosten, die bei einer solchen Einrichtung anfallen, förderfähig, wenn

- (i) sie dieselben Bedingungen gemäß den Artikeln II.19 und II.20 erfüllen, die für den Partner gelten,
- (ii) der Partner sicherstellt, dass die Bedingungen, die gemäß den Artikeln II.4, II.5, II.6, II.8, II.10, II.11 und II.27 für den Partner gelten, auch für die Einrichtung gelten.

ARTIKEL II.22 – MITTELÜBERTRAGUNGEN

Der Partner darf, sofern die Maßnahme im Einklang mit Anhang I der Einzelvereinbarung durchgeführt wird, den Kostenvoranschlag in Anhang II der Einzelvereinbarung durch Mittelübertragungen zwischen verschiedenen Kostenarten anpassen. Diese Anpassung erfordert keine Änderung der Einzelvereinbarung im Sinne des Artikels II.13.

Der Partner darf jedoch keine Kosten von *Unteraufträgen*, die nicht in Anhang I der Einzelvereinbarung vorgesehen sind, hinzufügen, es sei denn, solche zusätzlichen *Unteraufträge* werden von der Kommission nach Maßgabe von Artikel II.11.1 Buchstabe d genehmigt.

Die ersten zwei Unterabsätze gelten nicht für Pauschalbeträge im Sinne des Artikels 3.2 Buchstabe a Ziffer iii oder Buchstabe c der Einzelvereinbarung.

ARTIKEL II.23 – NICHT-EINHALTUNG DER BERICHTSPFLICHTEN

Die Kommission kann die Rahmenvereinbarung oder eine Einzelvereinbarung gemäß Artikel II.17.2.2 Buchstabe b kündigen und die Einzelfinanzhilfe gemäß Artikel II.25.4 kürzen, falls der Partner

- (a) innerhalb von 60 Kalendertagen nach Ablauf des betreffenden Berichtszeitraums keinen Antrag auf Zwischen- oder Restzahlung zusammen mit den in den Artikeln 4.3 oder 4.4 der Einzelvereinbarung genannten Dokumenten eingereicht hat und
- (b) er auch innerhalb von 60 Tagen, nachdem er dazu schriftlich von der Kommission aufgefordert wurde, keinen derartigen Antrag einreicht.

ARTIKEL II.24 – AUSSETZUNG VON ZAHLUNGEN UND DER ZAHLUNGSFRIST**II.24.1 Aussetzung von Zahlungen****II.24.1.1 Gründe für die Aussetzung**

Die Kommission kann jederzeit während der Durchführung der Einzelvereinbarung Vorfinanzierungen, Zwischenzahlungen oder Restzahlungen aussetzen, wenn

- (a) sie dem Partner *gravierende Fehler, Unregelmäßigkeiten oder Betrug* während des Gewährungsverfahrens oder der Durchführung der Rahmenvereinbarung oder der Einzelvereinbarung nachweisen kann oder der Partner seinen Pflichten aus der Rahmenvereinbarung oder der Einzelvereinbarung nicht nachkommt;
- (b) sie dem Partner im Zusammenhang mit anderen Finanzhilfen der Union oder der Europäischen Atomgemeinschaft (im Folgenden „Euratom“), die ihm unter ähnlichen Bedingungen gewährt worden sind, systembedingte oder wiederkehrende Fehler, *Unregelmäßigkeiten, Betrug* oder schwerwiegende Pflichtverstöße nachweisen kann, sofern diese Fehler, *Unregelmäßigkeiten, Betrugsvorgänge* oder Pflichtverstöße beträchtliche Auswirkungen auf eine gemäß der Rahmenvereinbarung gewährte Einzelfinanzhilfe haben; oder
- (c) sie den Verdacht hegt, dass der Partner während des Gewährungsverfahrens oder der Durchführung der Rahmenvereinbarung oder der Einzelvereinbarung *gravierende Fehler, Unregelmäßigkeiten, Betrug* oder Pflichtverletzungen begangen hat, und prüfen muss, ob ihr Verdacht begründet ist.

II.24.1.2 Verfahren der Aussetzung

Schritt 1 – Bevor die Kommission die Zahlungen aussetzt, muss sie dem Empfänger eine *förmliche Mitteilung* zusenden,

- (a) worin sie ihm Folgendes mitteilt:
 - (i) ihre Absicht, die Zahlungen auszusetzen;
 - (ii) die Gründe für die Aussetzung;
 - (iii) in den Fällen in Artikel II.24.1.1 Buchstaben a und b die Bedingungen für die Wiederaufnahme der Zahlungen und

- (b) mit der sie ihn auffordert, innerhalb von 30 Kalendertagen nach Erhalt dieser *förmlichen Mitteilung* Stellung zu nehmen.

Schritt 2 – Erhält die Kommission keine Stellungnahme oder beschließt sie, das Verfahren trotz einer erhaltenen Stellungnahme fortzusetzen, muss sie dem Partner eine *förmliche Mitteilung* zusenden, worin sie ihm Folgendes mitteilt:

- (a) die Aussetzung der Zahlungen;
- (b) die Gründe für die Aussetzung;
- (c) die definitiven Bedingungen, unter denen die Zahlungen in den in Artikel II.24.1.1 Buchstaben a und b genannten Fällen wiederaufgenommen werden können;
- (d) das voraussichtliche Abschlussdatum der notwendigen Überprüfung in dem in Artikel II.24.1.1 Buchstabe c genannten Fall.

Die Aussetzung wird an dem Tag wirksam, an dem die Kommission die *förmliche Mitteilung* über die Aussetzung verschickt (Schritt 2).

Anderenfalls muss die Kommission dem Partner eine *förmliche Mitteilung* zusenden und ihm mitteilen, dass sie das Aussetzungsverfahren nicht fortsetzt.

II 24.1.3 Wirkungen der Aussetzung

Während des Zeitraums der Aussetzung von Zahlungen ist der Partner nicht berechtigt, Zahlungsanträge und Belege gemäß den Artikeln 4.2, 4.3 und 4.4 der Einzelvereinbarung einzureichen.

Die entsprechenden Zahlungsanträge und Belege können so rasch wie möglich nach Wiederaufnahme der Zahlungen eingereicht oder entsprechend dem Zeitplan in Artikel 4.1 der Einzelvereinbarung in den ersten Zahlungsantrag nach Wiederaufnahme der Zahlungen aufgenommen werden.

Die Aussetzung von Zahlungen berührt nicht das Recht des Partners, die Durchführung der *Maßnahme* gemäß Artikel II.16.1 auszusetzen oder die Rahmenvereinbarung bzw. die Einzelvereinbarung gemäß Artikel II.17.1.2 zu kündigen.]

II.24.1.4 Wiederaufnahme von Zahlungen

Damit die Kommission die Zahlungen wieder aufnimmt, muss der Partner die ihm mitgeteilten Bedingungen so rasch wie möglich erfüllen und die Kommission über alle Fortschritte informieren.

Sind die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Zahlungen erfüllt, wird die Aussetzung aufgehoben. Die Kommission unterrichtet den Partner hiervon in einer *förmlichen Mitteilung*.

II.24.2 Aussetzung der Zahlungsfrist

II.24.2.1 Die Kommission kann jederzeit die in den Artikeln 5.2, 5.3 und 5.4 der Einzelvereinbarung genannte Zahlungsfrist aussetzen, wenn ein Zahlungsantrag nicht genehmigt werden kann, weil:

- (a) er die Bedingungen der Einzelvereinbarung oder der Rahmenvereinbarung nicht erfüllt;
- (b) keine geeigneten Belege vorgelegt wurden oder
- (c) Zweifel an der Förderfähigkeit der Kosten bestehen, die in den Abrechnungen geltend gemacht werden, und weitere Kontrollen, Prüfungen, Rechnungsprüfungen oder Untersuchungen erforderlich sind.

II.24.2.2 Die Kommission muss dem Partner eine *förmliche Mitteilung* übermitteln, in der sie ihn informiert über:

- (a) die Aussetzung und
- (b) die Gründe für die Aussetzung.

Die Aussetzung wird an dem Tag wirksam, an dem die Kommission die *förmliche Mitteilung* übermittelt.

II.24.2.3 Sind die Voraussetzungen für die Aussetzung der Zahlungsfrist nicht mehr erfüllt, wird die Aussetzung aufgehoben und die verbleibende Laufzeit wird wieder aufgenommen.

Dauert die Aussetzung länger als zwei Monate an, kann der Partner bei der Kommission anfragen, ob die Aussetzung weiterläuft.

Wurde die Zahlungsfrist ausgesetzt, weil die technischen Berichte oder Abrechnungen nicht der Einzelvereinbarung oder der Rahmenvereinbarung entsprechen und kein überarbeiteter Bericht bzw. keine überarbeitete Abrechnung vorgelegt wurde oder diese zwar vorgelegt, aber ebenfalls abgelehnt wurden, kann die Kommission die Einzelvereinbarung und die Rahmenvereinbarung gemäß Artikel II.17.2.2 Buchstabe b kündigen und die Finanzhilfe gemäß Artikel II.25.4 kürzen.

ARTIKEL II.25 – FESTLEGUNG DES ENDGÜLTIGEN BETRAGS DER EINZELFINANZHILFE

Der endgültige Betrag der Einzelfinanzhilfe hängt davon ab, inwieweit die *Maßnahme* im Einklang mit den Bedingungen der Einzelvereinbarung und der Rahmenvereinbarung durchgeführt wurde.

Der endgültige Betrag der Finanzhilfe wird von der Kommission zum Zeitpunkt der Zahlung des Restbetrags berechnet. Die Berechnung umfasst die folgenden Schritte:

Schritt 1 – Anwendung der Erstattungssätze auf die förderfähigen Kosten und Anrechnung der Finanzierungsbeiträge auf der Grundlage der Kosten je Einheit, Pauschalsätze und Pauschalbeträge

Schritt 2 – Begrenzung auf den *Höchstbetrag der Finanzhilfe*

Schritt 3 – Kürzung aufgrund des Gewinnverbots

Schritt 4 – Kürzung wegen nicht ordnungsgemäßer Durchführung oder Verletzung sonstiger Pflichten

II.25.1 Schritt 1 – Anwendung der Erstattungssätze auf die förderfähigen Kosten und Anrechnung der Finanzierungsbeiträge auf der Grundlage der Kosten je Einheit, Pauschalsätze und Pauschalbeträge

Dieser Schritt wird wie folgt angewandt:

- (a) Werden gemäß Artikel 3.2 Buchstabe a der Einzelvereinbarung die förderfähigen Kosten erstattet, so wird der dort festgelegte Erstattungssatz auf die von der Kommission für die jeweiligen Kostenarten, den Partner und die verbundenen Einrichtungen genehmigten förderfähigen Kosten der *Maßnahme* angewandt.
- (b) Wird gemäß Artikel 3.2 Buchstabe b der Einzelvereinbarung ein Finanzierungsbeitrag je Einheit gezahlt, so wird der dort festgelegte Finanzierungsbeitrag mit den tatsächlich angefallenen und von der Kommission für den Partner und die verbundenen Einrichtungen genehmigten Anzahl von Einheiten multipliziert.
- (c) Wird gemäß Artikel 3.2 Buchstabe c der Einzelvereinbarung ein Finanzierungsbeitrag auf der Grundlage eines Pauschalbetrags gezahlt, so wendet die Kommission den dort genannten Pauschalbetrag für den Partner und die verbundenen Einrichtungen an, sofern sie feststellt, dass die entsprechenden Aufgaben oder ein Teil der *Maßnahme* gemäß Anhang I der Einzelvereinbarung ordnungsgemäß durchgeführt wurde(n).
- (d) Wird gemäß Artikel 3.2 Buchstabe d der Einzelvereinbarung ein Finanzierungsbeitrag auf Grundlage eines Pauschalsatzes gezahlt, so wird der dort genannte Pauschalsatz auf die förderfähigen Kosten bzw. auf den Finanzierungsbeitrag, die bzw. den die Kommission für den Partner und die verbundenen Einrichtungen genehmigt hat, angewandt.

Ist in Artikel 3.2 der Einzelvereinbarung eine Kombination dieser verschiedenen Finanzhilfeformen vorgesehen, so müssen die ermittelten Beträge addiert werden.

II.25.2 Schritt 2 – Begrenzung auf den *Höchstbetrag der Finanzhilfe*

Der von der Kommission an den Partner gezahlte Gesamtbetrag darf keinesfalls den *Höchstbetrag der Finanzhilfe* überschreiten.

Wenn der in Schritt 1 ermittelte Betrag höher ist als dieser Höchstbetrag, wird der endgültige Betrag auf diesen Höchstbetrag begrenzt.

II.25.3 Schritt 3 – Kürzung aufgrund des Gewinnverbots

Soweit in den Besonderen Bedingungen oder in der Einzelvereinbarung nichts anderes festgelegt ist, darf die Einzelfinanzhilfe nicht dazu führen, dass der Partner einen Gewinn erwirtschaftet.

„Gewinn“ bezeichnet den Überschuss des in den Schritten 1 und 2 ermittelten Betrags zuzüglich der Gesamteinnahmen der *Maßnahme* gegenüber den förderfähigen Gesamtkosten der *Maßnahme*.

Die förderfähigen Gesamtkosten der *Maßnahme* entsprechen den konsolidierten förderfähigen Gesamtkosten, die von der Kommission für die gemäß Artikel 3.2 Buchstabe a der Einzelvereinbarung zu erstattenden Kostenarten genehmigt wurden.

Die Gesamteinnahmen der *Maßnahme* entsprechen den konsolidierten Gesamteinnahmen, die zu dem Zeitpunkt, zu dem der Antrag auf Zahlung des Restbetrags vom Partner erstellt wird, in den Büchern erfasst, eingegangen oder bestätigt sind.

Folgendes wird als Einnahmen betrachtet:

- (a) Erträge aus der *Maßnahme*;
- (b) Finanzbeiträge, die dem Partner oder einer verbundenen Einrichtung von Dritten speziell zur Finanzierung der förderfähigen Kosten der *Maßnahme* zugewiesen werden, die von der Kommission gemäß Artikel 3.2 Buchstabe a Ziffer i erstattet werden.

Folgendes wird nicht als Einnahmen betrachtet:

- (a) Finanzbeiträge von Dritten, sofern sie zur Deckung von anderen Kosten als der gemäß der Einzelvereinbarung förderfähigen Kosten verwendet werden können;
- (b) Finanzbeiträge von Dritten ohne Verpflichtung zur Rückzahlung etwaiger nicht verwendeter Beträge am Ende des *Durchführungszeitraums*;
- (c) im Fall eines Beitrags zu den Betriebskosten: Beträge, die zur Bildung von Rücklagen verwendet werden.

Ergibt sich ein Gewinn, so wird dieser Gewinn proportional zu dem endgültigen Satz für die Erstattung der von der Kommission für die in Artikel 3.2 Buchstabe a Ziffer i festgelegten Kostenarten genehmigten tatsächlich angefallenen förderfähigen Kosten der *Maßnahme* in Abzug gebracht. Der Abzug wird auf den nach den Schritten 1 und 2 berechneten Betrag angewandt.

II.25.4 Schritt 4 – Kürzung wegen nicht ordnungsgemäßer Durchführung oder Verletzung sonstiger Pflichten

Die Kommission darf den *Höchstbetrag der Finanzhilfe* kürzen, falls die *Maßnahme* nicht ordnungsgemäß wie in Anhang I der Einzelvereinbarung dargelegt durchgeführt wurde (d. h.

bei unterlassener, mangelhafter, lediglich teilweiser oder verspäteter Durchführung) oder falls eine andere Verpflichtung aus der Rahmenvereinbarung oder der Einzelvereinbarung verletzt wurde.

Die Kürzung des Betrags erfolgt proportional zur nicht ordnungsgemäßen Durchführung der *Maßnahme* oder zur Schwere der Pflichtverletzung.

Bevor die Kommission die Finanzhilfe kürzt, muss sie dem Partner eine *förmliche Mitteilung* übermitteln,

(a) worin sie ihm Folgendes mitteilt:

- (i) ihre Absicht, den *Höchstbetrag der Finanzhilfe* zu kürzen;
- (ii) den Betrag, um den sie die Finanzhilfe zu kürzen beabsichtigt;
- (iii) die Gründe für die Kürzung; und

(b) mit der sie ihn auffordert, innerhalb von 30 Kalendertagen nach Erhalt dieser *förmlichen Mitteilung* Stellung zu nehmen.

Erhält die Kommission keine Stellungnahme oder beschließt sie, die Kürzung trotz einer erhaltenen Stellungnahme vorzunehmen, setzt sie den Partner durch eine *förmliche Mitteilung* von dieser Entscheidung in Kenntnis.

Wird die Finanzhilfe gekürzt, muss die Kommission den gekürzten Finanzhilfebetrag berechnen, indem sie den Kürzungsbetrag (berechnet im Verhältnis zur nicht ordnungsgemäßen Durchführung der *Maßnahme* oder zur Schwere der Pflichtverletzung) von dem *Höchstbetrag der Finanzhilfe* abzieht.

Der Endbetrag der Finanzhilfe entspricht dem niedrigeren der beiden folgenden Beträge:

- (a) in den Schritten 1 bis 3 ermittelter Betrag oder
- (b) gekürzter Betrag nach Schritt 4.

ARTIKEL II.26 – EINZIEHUNGEN

II.26.1 Einziehungen

Sind nach Maßgabe der Rahmenvereinbarung oder einer Einzelvereinbarung Beträge einzuziehen, so müssen die betreffenden Beträge vom Partner an die Kommission zurückgezahlt werden.

Für die Rückzahlung von Beträgen, die die Kommission rechtsgrundlos als Kostenbeitrag für die verbundenen Einrichtungen des Partners gezahlt hat, haftet der Partner.

II.26.2 Einziehungsverfahren

Vor der Einziehung muss die Kommission dem Partner eine *förmliche Mitteilung* zusenden, in der

- (a) sie ihn vor ihrer Absicht unterrichtet, den rechtsgrundlos gezahlten Betrag zurückzufordern;
- (b) sie den geschuldeten Betrag und die Gründe für die Einziehung angibt und
- (c) ihn auffordert, innerhalb einer bestimmten Frist dazu Stellung zu nehmen.

Wurde keine Stellungnahme übermittelt oder beschließt die Kommission, das Einziehungsverfahren trotz Stellungnahme des Partners fortzusetzen, kann die Kommission durch eine *förmliche Mitteilung* an den Partner, die eine Zahlungsaufforderung beinhaltet, unter Angabe der Zahlungsfrist und -modalitäten die Einziehung bestätigen.

Erfolgt die Zahlung nicht innerhalb der in der Zahlungsaufforderung gesetzten Frist, zieht die Kommission den geschuldeten Betrag ein, indem sie:

- a) ihn – ohne dass hierfür die Einwilligung des Partners notwendig ist – mit Beträgen verrechnet, die die Kommission oder eine Exekutivagentur dem Partner (aus dem Unions- oder Euratom-Haushalt) schuldet (im Folgenden „Verrechnung“).

Unter außergewöhnlichen Umständen kann die Kommission zum Schutz der finanziellen Interessen der Union ihr geschuldete Beträge noch vor dem Fälligkeitsdatum verrechnen.

Gegen diese Verrechnung kann nach Artikel 263 AEUV vor dem Gericht der Europäischen Union Klage erhoben werden;

- b) eine nach Maßgabe von Artikel 5.2 der Einzelvereinbarung geleistete Finanzbürgschaft in Anspruch nimmt (im Folgenden „Inanspruchnahme der Finanzbürgschaft“);
- c) nach Maßgabe des Artikels II.18.2 oder der Besonderen Bedingungen gerichtliche Schritte einleitet oder nach Maßgabe des Artikels II.18.3 einen vollstreckbaren Beschluss erlässt.

II.26.3 Verzugszinsen

Wird die Zahlung nicht bis zu dem Termin geleistet, der in der Zahlungsaufforderung angegeben wurde, erhöht sich der einzuziehende Betrag um Verzugszinsen zu dem in Artikel 5.6 der Einzelvereinbarung festgelegten Zinssatz; die Verzugszinsen laufen ab dem Tag, der auf den in der Zahlungsaufforderung genannten Zahlungstermin folgt, bis zu einschließlich des Tags, an dem die Zahlung in voller Höhe bei der Kommission eingeht.

Teilzahlungen müssen zunächst mit Gebühren und Verzugszinsen und erst dann mit der Hauptforderung verrechnet werden.

II.26.4 Bankgebühren

Bankgebühren, die im Zuge des Einziehungsverfahrens anfallen, müssen vom Partner getragen werden, sofern nicht die Richtlinie 2007/64/EG⁷ zur Anwendung kommt.

ARTIKEL II.27 – KONTROLLE, PRÜFUNG UND BEWERTUNG

II.27.1 Technische und finanzielle Kontrollen, Prüfungen, Zwischen- und Schlussbewertungen

Die Kommission darf während der Durchführung der *Maßnahme* oder anschließend technische und finanzielle Kontrollen und Prüfungen durchführen, um festzustellen, ob der Partner die *Maßnahme* ordnungsgemäß durchführt und seinen Pflichten im Rahmen der Einzelvereinbarung oder der Rahmenvereinbarung nachkommt. Sie kann zur regelmäßigen Überprüfung der Pauschalbeträge, Kosten je Einheit oder Pauschalsatzfinanzierungen auch die Bücher des Partners kontrollieren.

Informationen und Unterlagen, die im Rahmen von Kontrollen oder Prüfungen vorgelegt werden, müssen vertraulich behandelt werden.

Die Kommission kann darüber hinaus eine Zwischen- oder Schlussbewertung der Ergebnisse der *Maßnahme* in Bezug auf die Ziele des betreffenden Unionsprogramms vornehmen.

Kontrollen, Prüfungen oder Bewertungen der Kommission können entweder direkt von eigenem Personal der Kommission oder von einer dazu bevollmächtigten externen Einrichtung durchgeführt werden.

Die Kommission kann derartige Kontrollen, Prüfungen und Bewertungen während der Durchführung der Einzelvereinbarung und danach während eines Zeitraums von fünf Jahren, beginnend mit dem Tag der Zahlung des Restbetrags, einleiten. Dieser Zeitraum ist auf drei Jahre beschränkt, wenn der *Höchstbetrag der Finanzhilfe* nicht mehr als 60 000 EUR beträgt.

Die Kontroll-, Prüfungs- oder Bewertungsverfahren gelten als an dem Tag eingeleitet, an dem das diesbezügliche Schreiben der Kommission eingegangen ist.

Wird die Prüfung bei einer verbundenen Einrichtung durchgeführt, muss der Partner die verbundene Einrichtung informieren.

⁷ Richtlinie 2007/64/EG⁷ des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über Zahlungsdienste im Binnenmarkt, zur Änderung der Richtlinien 97/7/EG, 2002/65/EG, 2005/60/EG und 2006/48/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 97/5/EG.

II.27.2 Aufbewahrungspflicht

Der Partner muss die Originalunterlagen, insbesondere Buchführungs- und Steuerunterlagen, vom Tag der Zahlung des Restbetrags für die betreffende Maßnahme an gerechnet fünf Jahre lang auf einem geeigneten Träger aufbewahren; dies gilt auch für nach innerstaatlichem Recht zulässige digitalisierte Originale, sofern die dort geregelten Bedingungen eingehalten werden.

Der Zeitraum, während dessen die Unterlagen aufbewahrt werden müssen, ist auf drei Jahre beschränkt, wenn der *Höchstbetrag der Finanzhilfe* nicht mehr als 60 000 EUR beträgt.

Die Aufbewahrungsfristen in den Unterabsätzen 1 und 2 verlängern sich bei noch nicht abgeschlossenen Prüfungen, Rechtsbehelfs- und Streitverfahren oder Verfahren zur Durchsetzung von Ansprüchen im Zusammenhang mit der Finanzhilfe, einschließlich in Fällen nach Artikel II.27.7. Der Partner muss die Unterlagen in diesen Fällen so lange aufbewahren, bis die betreffenden Vorgänge erledigt sind.

II.27.3 Informationspflicht

Der Partner muss alle Informationen, auch in elektronischer Form, vorlegen, welche die Kommission oder eine von der Kommission beauftragte externe Stelle fordert.

Kommt der Partner seinen Pflichten aus dem Unterabsatz 1 nicht nach, kann die Kommission

- a) Kosten, die in den vom Partner vorgelegten Informationen unzureichend belegt sind, als nicht förderfähig einstufen;
- b) Finanzbeiträge auf der Grundlage von Kosten je Einheit, Pauschalbeträgen oder Pauschalsätzen, die in den vom Partner vorgelegten Informationen unzureichend belegt sind, als nicht gerechtfertigt ansehen.

II.27.4 Kontrollbesuche vor Ort

Bei Kontrollbesuchen vor Ort muss der Partner den Bediensteten der Kommission und den von der Kommission bevollmächtigten externen Personen Zugang zu den Orten und Räumlichkeiten, an bzw. in denen die betreffende *Maßnahme* durchgeführt wird oder durchgeführt worden ist, sowie zu allen erforderlichen Informationen, einschließlich Informationen in elektronischer Form gewähren.

Er muss dafür sorgen, dass die Informationen zum Zeitpunkt des Kontrollbesuchs vor Ort ohne Weiteres zugänglich sind und auf Verlangen in geeigneter Form übergeben werden.

Verweigert der Partner den Zugang zu den Orten, Räumlichkeiten und Informationen nach den Unterabsätzen 1 und 2, kann die Kommission

- a) Kosten, die in den vom Partner vorgelegten Informationen unzureichend belegt sind, als nicht förderfähig einstufen;

- b) Finanzbeiträge auf der Grundlage von Kosten je Einheit, Pauschalbeträgen oder Pauschalsätzen, die in den vom Partner vorgelegten Informationen unzureichend belegt sind, als nicht gerechtfertigt ansehen.

II.27.5 Kontradiktorisches Prüfverfahren

Auf der Grundlage der während der Prüfung getroffenen Feststellungen muss ein vorläufiger Bericht (im Folgenden „Prüfbericht (Entwurf)“) erstellt werden. Die Kommission oder der von ihr bevollmächtigte Vertreter muss den Bericht dem Partner übermitteln, der nach Eingang des Berichts innerhalb von 30 Kalendertagen dazu Stellung nehmen muss. Der abschließende Bericht (im Folgenden „Abschlussbericht“) muss dem Partner innerhalb von 60 Kalendertagen, nachdem die Frist für die Stellungnahme abgelaufen ist, übermittelt werden.

II.27.6 Wirkungen der Prüfergebnisse

Auf der Grundlage der abschließenden Prüfergebnisse kann die Kommission die nach ihrem Dafürhalten erforderlichen Maßnahmen treffen, einschließlich der Einziehung aller oder eines Teils der gemäß der betreffenden Einzelvereinbarung geleisteten Zahlungen gemäß Artikel II.26.

Stehen die abschließenden Prüfergebnisse erst nach Zahlung des Restbetrags fest, entspricht der einzuziehende Betrag der Differenz zwischen dem korrigierten, nach Artikel II.25 festgelegten Endbetrag der Einzelfinanzhilfe und dem Gesamtbetrag, der dem Partner auf der Grundlage der Einzelvereinbarung für die Durchführung der *Maßnahme* gezahlt worden ist.

II.27.7 Korrekturmaßnahmen bei systembedingten oder wiederkehrenden Fehlern, Unregelmäßigkeiten, Betrug oder Pflichtverstößen

II.27.7.1 Die Kommission kann die Prüfungsfeststellungen im Rahmen anderer Finanzhilfen auf eine gemäß der Rahmenvereinbarung gewährte Einzelfinanzhilfe übertragen, sofern

- (a) sie dem Partner im Zusammenhang mit anderen Finanzhilfen der Union oder der Europäischen Atomgemeinschaft, die ihm unter ähnlichen Bedingungen gewährt worden sind, systembedingte oder wiederkehrende Fehler, *Unregelmäßigkeiten*, *betrügerische Handlungen* oder Pflichtverstöße nachweisen kann und diese Fehler, *Unregelmäßigkeiten*, *betrügerische Handlungen* oder Pflichtverstöße beträchtliche Auswirkungen auf eine gemäß der Rahmenvereinbarung gewährte Einzelfinanzhilfe haben und
- (b) die abschließenden Prüfungsfeststellungen dem Partner anhand einer *förmlichen Mitteilung* zusammen mit der Liste der von den Feststellungen betroffenen Finanzhilfen innerhalb des in Artikel II.27.1 genannten Zeitraums übermittelt werden.

Die Übertragung von Feststellungen kann zu Folgendem führen:

- (a) Ablehnung von Kosten als nicht förderfähig;
- (b) Kürzung der Finanzhilfe gemäß Artikel II.25.4;
- (c) Einziehung rechtsgrundlos gezahlter Beträge gemäß Artikel II.26;
- (d) Aussetzung von Zahlungen gemäß Artikel II.24.1;
- (e) Aussetzung der Durchführung der *Maßnahme* gemäß Artikel II.16.2;
- (f) Kündigung gemäß Artikel II.17.2.

II.27.7.2 Die Kommission muss dem Partner eine *förmliche Mitteilung*, in der sie ihn über die systembedingten oder wiederkehrenden Fehler und ihre Absicht informiert, diese Prüfungsfeststellungen zu übertragen, und die Liste der betroffenen Finanzhilfen zukommen lassen.

- (a) Betreffen die Feststellungen die Förderfähigkeit von Kosten, gilt folgendes Verfahren:

Schritt 1 – In der *förmlichen Mitteilung* muss Folgendes angegeben werden:

- (i) eine Aufforderung, zur Liste der von den Feststellungen betroffenen Finanzhilfen Stellung zu nehmen;
- (ii) eine Aufforderung zur Vorlage von korrigierten Abrechnungen für alle betroffenen Finanzhilfen;
- (iii) soweit möglich, der Berichtigungssatz für die Extrapolation, den die Kommission zur Berechnung der Beträge festlegt, die aufgrund der systembedingten oder wiederkehrenden Fehler, *Unregelmäßigkeiten*, *betrügerischen Handlungen* oder Pflichtverstöße abzulehnen sind, wenn der Partner
 - der Auffassung ist, dass die Vorlage von korrigierten Abrechnungen nicht möglich oder praktikabel ist, oder
 - keine korrigierten Abrechnungen vorlegt.

Schritt 2 – Der Partner hat ab Erhalt der *förmlichen Mitteilung* 60 Kalendertage Zeit, um eine Stellungnahme abzugeben und korrigierte Abrechnungen vorzulegen oder um eine hinreichend begründete alternative Korrekturmethode vorzuschlagen. Diese Frist kann von der Kommission in begründeten Fällen verlängert werden.

Schritt 3 – Legt der Partner korrigierte Abrechnungen vor, die den Feststellungen Rechnung tragen, wird die Kommission den zu korrigierenden Betrag auf der Grundlage dieser überarbeiteten Aufstellungen festlegen.

Schlägt der Partner eine alternative Korrekturmethode vor und akzeptiert die Kommission diese, muss die Kommission den Partner durch eine *förmliche Mitteilung* über Folgendes informieren:

- (i) dass sie die alternative Methode akzeptiert;

- (ii) die korrigierten förderfähigen Kosten, die durch die Anwendung dieser Methode festgelegt wurden.

Andernfalls muss die Kommission den Partner durch eine *förmliche Mitteilung* über Folgendes informieren:

- (i) dass sie die Stellungnahme oder die vorgeschlagene alternative Methode nicht akzeptiert;
- (ii) die korrigierten förderfähigen Kosten, die durch Anwendung der dem Partner ursprünglich mitgeteilten Extrapolationsmethode festgelegt wurden.

Werden systematische oder wiederkehrende Fehler, *Unregelmäßigkeiten*, *Betrug* oder Pflichtverstöße nach Zahlung des Restbetrags festgestellt, entspricht der einzuziehende Betrag der Differenz zwischen:

- (i) dem korrigierten Endbetrag der Finanzhilfe, der nach Artikel II.25 auf der Grundlage der vom Partner geltend gemachten und von der Kommission genehmigten korrigierten förderfähigen Kosten oder auf der Grundlage der korrigierten förderfähigen Kosten nach Extrapolation festgelegt wurde, und
- (ii) dem dem Partner ausgezahlten Gesamtbetrag für die Durchführung der *Maßnahme* im Rahmen der Einzelvereinbarung.

b) Betreffen die Feststellungen die nicht ordnungsgemäße Durchführung oder eine sonstige Pflichtverletzung, gilt folgendes Verfahren:

Schritt 1 – In der *förmlichen Mitteilung* muss Folgendes angegeben werden:

- (i) eine Aufforderung an den Partner zur Vorlage einer Stellungnahme zur Liste der von den Feststellungen betroffenen Finanzhilfen und
- (ii) den pauschalen Berichtigungssatz, den die Kommission auf den *Höchstbetrag der Finanzhilfe* oder einen Teil davon gemäß dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit anzuwenden beabsichtigt.

Schritt 2 – Der Partner hat ab Erhalt der *förmlichen Mitteilung* 60 Tage Zeit, um eine Stellungnahme abzugeben oder einen hinreichend begründeten alternativen Pauschalsatz vorzuschlagen.

Schritt 3 – Akzeptiert die Kommission den vom Partner vorgeschlagenen alternativen Pauschalsatz, muss sie den Partner durch eine *förmliche Mitteilung* über Folgendes informieren:

- (i) dass sie den alternativen Pauschalsatz akzeptiert;
- (ii) den korrigierten Finanzhilfebetrag unter Anwendung dieses Pauschalsatzes.

Andernfalls muss die Kommission den Partner durch eine *förmliche Mitteilung* über Folgendes informieren:

- (i) dass sie die Stellungnahme oder den vorgeschlagenen alternativen Pauschalsatz nicht akzeptiert;

- (ii) den korrigierten Finanzhilfebetrag unter Anwendung des dem Partner ursprünglich mitgeteilten Pauschalsatzes.

Werden systematische oder wiederkehrende Fehler, *Unregelmäßigkeiten*, *Betrug* oder Pflichtverstöße nach Zahlung des Restbetrags festgestellt, entspricht der einzuziehende Betrag der Differenz zwischen:

- (i) dem korrigierten Endbetrag der Finanzhilfe nach Berichtigung des Pauschalsatzes und
- (ii) dem dem Partner ausgezahlten Gesamtbetrag für die Durchführung der *Maßnahme* im Rahmen der Einzelvereinbarung.

II.27.8 Kontrollen und Überprüfungen durch das OLAF

Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) verfügt zu Kontroll- und Überprüfungszwecken über dieselben Rechte wie die Kommission, insbesondere über dieselben Zugangsrechte.

Das OLAF kann zudem gemäß der Verordnung (Euratom, EG) Nr. 2185/96 des Rates⁸ und der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates⁹ Kontrollen und Überprüfungen vor Ort nach den Verfahren vornehmen, die in den Rechtsvorschriften der Union zum Schutz der finanziellen Interessen der Union gegen *Betrug* und *Unregelmäßigkeiten* vorgesehen sind.

Die Kommission ordnet gegebenenfalls auf der Grundlage der Feststellungen des OLAF eine Einziehung von Beträgen von dem Partner an.

Darüber hinaus können die Feststellungen aus einer OLAF-Untersuchung strafrechtliche Verfolgungen nach nationalem Recht nach sich ziehen.

II.27.9 Kontrollen und Prüfungen durch den Europäischen Rechnungshof

Der Europäische Rechnungshof verfügt zu Kontroll- und Überprüfungszwecken über dieselben Rechte wie die Kommission, insbesondere über dieselben Zugangsrechte.

⁸ Verordnung (Euratom, EG) Nr. 2185/96 des Rates vom 11. November 1996 betreffend die Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durch die Kommission zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vor Betrug und anderen Unregelmäßigkeiten.

⁹ Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. September 2013 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF).